Ermittlungen gegen Günthers Mörder eingestellt

Seite 7

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 7 vom 15. Februar 1975 — 9. Jahrgang — 50 Pfennig



IGM-Bonzen zetern gegen "Lohndiktat"

Lohnraubabschluss ist beschlossene Sache

Rund 30 000 Metallarbeiter traten am 3., 4. und 5. 2. in den Betrieben Nordrhein-Westfalens und in Bremen in kurze Streiks. Bei der Gute-Hoffnungshütte in Oberhausen und in einem Betrieb in Dortmund marschierten die Arbeiter zur Verwaltung, um mehr Lohn zu fordern. Nach dem Ende der Schlichtung in der Metallindustrie Nordrhein-Westfalens, deren Ergebnis von 7% die Vertreter des IG Metall-Apparats zustimmten, das von den Kapitalisten aber abgelehnt wurde, ist die Empörung in den Betrieben groß.

Während dieser Warnstreiks liessen die IGM-Bonzen in den Betrieben in NRW zehntausende von Flugblättern verteilen mit der marktschreierischen Überschrift: „Wir werden das Lohndiktat brechen!" Man muß sich das vorstellen! Jetzt, nachdem die IGM-Bonzen praktisch den Lohnraubabschluß perfekt gemacht haben und die Kollegen so lange hingehalten haben, bis es nur noch um 6 Prozent oder 7 Prozent geht, schwingen sie plötzlich solche Töne. Natürlich wissen die IGM-Bonzen genau, daß für 1%, für einen Lohnraubabschluß von 7%, kaum ein Kollege ernsthaft in den Kampf tritt. Deshalb „erlauben" sie jetzt, um ihr Gesicht zu wahren, kurze Warnstreiks vor allem in den kleineren Betrieben in NRW.

Gleichzeitig aber kennen und fürchten sie die Empörung in den Betrieben und betreiben deshalb in dem gleichen Flugblatt, das sich in der Überschrift so „radikal" gibt, eine massive Propaganda gegen einen massenhaften Streik für eine echte Lohnerhöhung. Die Arbeiter sollen gegen die „Provokation" der Unternehmer kämpfen, nicht aber für mehr als 7% mehr Lohn. So heißt es zum Beispiel: „Das Verhalten der NRW-Metallindustriellen wird nicht nur von den Mitgliedern der IG Metall als **Klassenkampf von oben** und als **unvertretbare Ausnutzung der jetzigen Lage angeprangert.**" (Unterstreichung – RM). Ohne Zweifel ist der Versuch der Metallkapitalisten, den Metallarbeitern den Lohn zu rauben, ein Teil des Kampfes der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse. Aber wenn die IGM-Bonzen das jetzt als „Klassenkampf von oben" „anprangern",

Fortsetzung auf Seite 3

Gründung der

Roten Hilfe Deutschlands

Am 26. 1. 1975 wurde in Dortmund die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS für Westdeutschland und Westberlin gegründet. 50 Delegierte aus 25 ROTE HILFE-Gruppen berieten auf dem Gründungskongreß die vorgelegten Entwürfe zum Programm und Statut. Nach eingehender Beratung wurden Programm und Statut der RHD einstimmig verabschiedet. Der Kongreß wählte die Zentrale Leitung der RHD, ihren Ständigen Ausschuß und den Vorsitzenden der RHD.

Die KPD/ML begrüßt die erfolgreiche Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS, die an die ruhmreiche Tradition der 1924 gegründeten RHD anknüpft, als einen wichtigen Sieg im Kampf gegen die politische Unterdrückung. Die RHD tritt allen, die gegen den Imperialismus, für den Sozialismus kämpfen, mit der mächtigen Waffe der proletarischen Klassensolidarität zur Seite. Sie ruft alle in ihre Reihen, die gegen die politische Unterdrückung, gegen die fortschreitende Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates kämpfen wollen. Wir drucken im folgenden das Programm der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS ab.

„Vorwärts und nie vergessen
Worin unsre Stärke besteht:
Beim Hungern und beim Essen
Die SOLIDARITÄT."

Aus ganz Westdeutschland und Westberlin haben sich Arbeiter, Angestellte, Bauern, Hausfrauen, Rentner, Studenten und Schüler zusammengeschlossen und die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS wiedergegründet. Damit setzen wir die Tradition der ruhmreichen ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS fort.

Wir leben heute in einer Zeit, wo sich in aller Welt die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker zum Kampf um ihre Unabhängigkeit und Freiheit erheben. In unserem Land wächst der Widerstand gegen das verhaßte imperialistische Ausbeuter- und Unterdrückersystem. Mit dem Anwachsen des revolutionären Kampfes der Werktätigen gerät die herrschende Kapitalistenklasse immer mehr in Angst, von den Volksmassen verjagt zu werden. Sie unternimmt verzweifelte Versuche, ihren Untergang hinauszuzögern.

Überall im Land füllen sich die Gefängnisse mit politischen Gefangenen. Gehirnwäsche, Folterung durch Isolierhaft und andere Foltermethoden, Erpressung und Drohungen, Schläge und Schüsse gegen streikende und demonstrierende Arbeiter und Bauern, bis hin zu politischen Morden sprechen eine deutliche Sprache. Die besondere Verfolgung von Kommunisten, schon allein wegen ihrer Gesinnung, die Prozeßlawinen gegen Revolutionäre zeigen, daß die Kapitalistenklasse ihre Herrschaft bedroht sieht und durch zunehmende Faschisierung ihres Staatsapparates versuchen wird, die Revolution im Blut zu ersticken.

Doch wo die Unterdrückung wächst, wächst auch der Widerstand. Gerade die Brutalität und Niedertracht dieses Systems zeigt immer größeren Teilen des Volkes, daß dieses System nur mit Gewalt, auf revolutionärem Weg zerschlagen werden kann, daß nur der Sozialismus der politischen Unterdrückung des Volkes ein Ende machen wird.

Wenn D„K"P/„S"EW und Konsorten den Terror der Bourgeoisie als einzelne Ausrutscher hinstellen und dagegen dem Volk den Weg der Bitten, der Reformen und Petitionen vorschlagen, zeigt dies nur, daß sie die politische Unterdrückung des Volkes verewigen wollen und auf der Seite unserer Todfeinde stehen. Die Perspektive, die sie bieten, ist den Kerker in der Bundesrepublik mit dem Kerker in der DDR zu tauschen.



Fortsetzung auf Seite 6

Kissinger fordert in Bonn

Direkte Unterstützung der Aggressionspläne

Wie aus Washington verlautet, wird der Außenminister des US-Imperialismus, Kissinger, im Anschluß an seine Reise in den Nahen Osten auch nach Europa kommen. Am 15. und 16. Februar wird er in Bonn mit Kanzler Schmidt Gespräche führen und anschließend sich mit dem Außenminister der sowjetischen Sozialimperialisten, Gromyko, in Genf treffen.

Drohte Kissinger im Namen des US-Imperialismus noch vor wenigen Wochen den arabischen Völkern ganz offen mit imperialistischem Aggressionskrieg, so stellt sich derselbe Mann heute hin und präsentiert seine Reise in den Nahen Osten als „Friedensmission". An Unverfrorenheit ist das wirklich kaum zu übertreffen. Das Ziel, das die US-Imperialisten verfolgen – ob mit Kriegsdrohungen aus Washington oder mit Rundreisen und freundlichen Worten, ist nach wie vor dasselbe. Die arabischen Völker sollen ihren Kampf gegen die Raub- und Vorherrschaftspolitik der Imperialisten aufgeben, obgleich ihre besetzten Gebiete nicht befreit, geschweige denn die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes wieder hergestellt sind. **Gute Worte und Drohungen – Zuckerbrot und Peitsche, das ist die Politik der beiden Supermächte im Nahen Osten, um die arabischen Völker zu unterjochen, ihre schwierige Lage auszunutzen und sich der Vorherrschaft im Nahen Osten zu bemächtigen.**

Daß Kissingers Reise in den Nahen Osten wie nach Europa keinen friedlichen Zielen dient, zeigt sich bereits darin, wie dieser Besuch in Westdeutschland vorbereitet wurde. **Kurz bevor Kissinger eintrifft, haben sich die Nato-Strategen in München zu einer „Wehrkunde-Begegnung" getroffen, auf der die Nato-Länder Kissingers Kriegsdrohung gegen die arabischen Länder unterstützen.**

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Vertrag zwischen der VR China und Japan: Dreiste Einmischung der Neuen Zaren . . . . S. 2
Staatsschuldenrekord: Das Volk soll zahlen . . . . S. 2
Betriebsratsausschluß abgelehnt: Ein Sieg für die rote Betriebsrätin! . . . . S. 3
Lohnraubabschluß – Eine beschlossene Sache . . . . . . S. 3
Jugendarbeitslosigkeit: Imperialisten locken mit Bundeswehr . . . . . . S. 4
450 Jahre Bauernkrieg: Der Bauer stund auf im Land . . . . . . S. 5
Genosse Klaus Stahl freigesprochen S. 6
„RAF"-Gefangene: Hungerstreik beendet . . . . S. 6
Freispruch in einem Günter Routhier-Prozeß . . . . . S. 7
Duisburger Staatsanwaltschaft verfügt: Kein Prozeß gegen Günters Mörder . . . . S. 7
Moskau verschärft Ausplünderung der DDR: 150% höherer Ölpreis . S. 8
Sozialimperialisten in Nordeuropa – Größte Marinebasis . . . . S. 8
GRF: Wer andern eine Grube gräbt S. 8
Erklärung des Genossen Kazimierz Mijal, Vorsitzender der illegalen KP Polens . . . . S. 9

Lohnsteuerreform

Betrug auf Kosten der Werktätigen

Über 20 Millionen Menschen sollen nach Ansicht der Bonner Regierung durch die Steuerreform weniger Lohnsteuern zahlen. Sie brüstet sich damit, 14 Mrd. DM ausgegeben zu haben, um „Steuergerechtigkeit" für die „sozial Schwachen" zu schaffen. In Wirklichkeit stellt sich heraus, daß viele Kollegen sogar mehr Lohnsteuer zahlen müssen.

Für einige Kollegen trifft es sogar zu, daß auf dem Lohnstreifen jetzt 50 oder 60 DM weniger Lohnsteuern stehen. Aber die Einsparung wird durch die gleichzeitige Erhöhung der Sozialabgaben und durch die Tatsache, daß nach den neuen Bestimmungen viele Kollegen keinen Jahresausgleich mehr stellen können, weitgehend aufgefressen.

Auf der anderen Seite gibt es eine ganze Reihe von Kollegen, die sich durch die „Reform" wesentlich schlechter stehen. So hatten die ausländischen Kollegen beispielsweise bis zum 31. 12. 74 Anspruch auf den vollen Kinderfreibetrag. Auf das neue Kindergeld aber haben sie keinen Anspruch, wenn sie nicht aus Ländern kommen, die der Europäischen Gemeinschaft angehören. **Ein türkischer oder spanischer Kollege erhält für sein erstes Kind ganze 10 DM Kindergeld.**

Schlechter stehen sich vor allem auch viele Ehepaare, bei denen Mann und Frau arbeiten. Ihnen werden, wenn die Ehefrau 40% und weniger des Familieneinkommens verdient, erheblich mehr Steuern abgezogen, falls sie weiterhin beide nach Lohnsteuerklasse IV besteuert werden. Der besser verdienende Ehepartner, in der Regel also der Mann, kann sich allerdings nach Lohnsteuerklasse III besteuern lassen, wodurch die Frau automatisch in die Lohnsteuerklasse V kommt. Insgesamt kann das Ehepaar Verluste durch die Steuerreform dadurch zwar häufig verhindern, vielleicht sogar ein paar Mark herausschlagen, aber die werktätigen Frauen sind zurecht empört, weil ihnen bis zu 62% von ihrem Lohn abgezogen werden und sie praktisch für einen Hungerlohn arbeiten müssen.

Für viele Ehepaare, bei denen Mann und Frau arbeiten, ist gerade zum Jahresanfang durch die Steuerreform eine echte Notlage entstanden. Ihnen flatterten die Nachzahlungsaufforderungen für 1973 ins Haus, während sie gleichzeitig erhöhte Vorabzahlungen für 1975 leisten mußten. Denn während die Steuersätze für „doppelverdienende" Ehepaare bislang so lagen, daß monatlich eher „zu wenig" Steuern abgezogen wurden, so daß am Jahresende Nachzahlungen fällig waren, wurden die Steuersätze nun drastisch angehoben, so daß die Kollegen gezwungen werden, Monat für Monat zu viel Steuern zu zahlen, die erst über den Jahresausgleich zurückgezahlt werden. **Der Staat erzwingt sich praktisch so ein zinsloses Darlehen von den Werktätigen das in diesem Jahr über 5 Mrd. DM betragen dürfte.**

Steuererhöhungen bringt die Steuerreform darüber hinaus für ältere Kollegen, die Diät leben müssen, für geschiedene Kollegen usw. Nachteile haben vor allem auch die Kollegen, die sich in der ungeheuer komplizierten Antragsprozedur verfangen und so mehr Steuern zahlen, als sie eigentlich müßten.

Was wirklich Sinn und Zweck dieser Steuerreform ist, sieht man daran, daß die Bundesregierung für 1975 eine Steigerung des Lohnsteueraufkommens um 22,4% erwartet. Und die tatsächlichen Auswirkungen dieser Steuerreform werden erst in den nächsten Jahren für den Großteil der Kollegen klar zu Tage treten: Obwohl gegenwärtig die sogenannten Lohnerhöhungen hinter der Inflationsrate zurückbleiben und in Wirklichkeit Lohnraub bedeuten, werden in den nächsten Jahren immer größere Teile der Werktätigen die Progressionsstufen erreichen, was schwerwiegende Steuererhöhungen bedeutet.

Kissinger fordert in Bonn

Direkte Unterstützung der Agressionspläne

Fortsetzung von Seite 1

Vor allem der Wehrexperte der westdeutschen Imperialisten, Wörner, erklärte unmißverständlich, „daß jede bewußt unternommene Störung dieses Systems als Aggression erkannt, bewertet und beantwortet werden muß". Das heißt: Wenn ihr arabischen Länder weiterhin euch mit Ölpreiserhöhungen oder Ölboykott gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus zur Wehr setzen wollt, dann werden wir mit Aggression antworten.

Das geplante Treffen zwischen Kissinger und Kanzler Schmidt in Bonn wird ganz in diesem Sinn verlaufen. Dabei wird es um die Absprache konkreter Maßnahmen gehen, wie den Einsatz von US-Kriegsmaterial und Truppen von Westdeutschland aus wie auch um die Rolle der Nato bei einem Vorgehen gegen die arabischen Völker. **Ziel des Gespräches von Kissinger wird es sein, die westdeutschen Imperialisten, die engsten Verbündeten des US-Imperialismus in Westeuropa, in jeder Hinsicht auf die aggressiven Pläne des US-Imperialismus auszurichten und einzuschwören.**

Auch das Gespräch zwischen Kissinger und Gromyko in Genf ist ein Glied in der Kette der imperialistischen Aggressionspolitik gegen die arabischen Völker. **Wenn auch beide Supermächte versuchen, sich gegenseitig ihren Einfluß im Nahen Osten streitig zu machen, so sind sie doch darin einig, daß die Sache der arabischen Völker nicht zum Sieg gelangen darf, weil das die Hegemoniepläne beider Supermächte im Nahen Osten durchkreuzen würde.**

Das Treffen zwischen Kissinger und Schmidt sowie die Gespräche zwischen Kissinger und Gromyko richten sich zugleich auch gegen unser Volk wie gegen die Völker Westeuropas. Über die Köpfe unseres Volkes wie der anderen Völker Europas und vor allem der arabischen Völker, wird in Bonn und Genf über das Schicksal der Völker verhandelt.

Das deutsche Volk will weder einen Aggressionskrieg gegen die arabischen Völker noch eine der beiden Supermächte in einem neuen Weltkrieg unterstützen. Wie die arabischen Völker um die Befreiung ihres besetzten Territoriums kämpfen, so kämpft das deutsche Volk in Ost und West für die Vertreibung der ausländischen Besatzungstruppen, für den Abzug beider Supermächte aus Deutschland, für den Sturz des westdeutschen Imperialismus und der Honeckerclique in der DDR. **Die arabischen Völker und unser Volk haben gemeinsame Interessen im Kampf gegen den Imperialismus, aber mit den Kissingers und Gromykos eint uns nichts.**

AUSLÄNDISCHE TRUPPEN RAUS AUS GANZ DEUTSCHLAND!

NIEDER MIT DEN BEIDEN SUPERMÄCHTEN, NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

ES LEBE DER KAMPF DER ARABISCHEN VÖLKER!

Vertrag zwischender VR China und Japan

Dreiste Einmischung der Neuen Zaren

Unverhohlen drohte der Botschafter der sowjetischen Sozialimperialisten in Tokio: Der Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen China und Japan würde sich negativ auf das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Japan auswirken. Die japanische Regierung ließ sich jedoch nicht einschüchtern und erklärte: „Wir werden den Vertrag ohne Zögern abschließen."

Der hinterhältige Versuch der sowjetischen Sozialimperialisten, mit Drohungen und Druck sich in die inneren Angelegenheiten Japans einzumischen, diente ihrem Ziel, die Friedenspolitik der VR China zu sabotieren und die Kremlpolitik der Expansion und Vorherrschaft durchzusetzen. Seit Jahren bemühen sich die sowjetischen Sozialimperialisten in Asien ihr „System der kollektiven Sicherheit als Garant des Friedens" zu errichten. Das einzige aber, was dieses System tatsächlich garantiert, wäre die Unterdrückung und Ausplünderung der Völker Asiens, nicht anders als im Warschauer Pakt.

Doch diese Pläne der Neuen Zaren im Kreml sind vor allem durch die VR China ständig entlarvt und bekämpft worden, so daß sie nicht verwirklicht werden konnten. **Heute ist die Tendenz in Asien die, daß sich die Völker dieses Kontinentes immer enger gegen das Hegemoniestreben der sowjetischen Sozialimperialisten und der US-Imperialisten, gegen beide Supermächte zusammenschließen.**

Auch Japan ist durch das Vorherrschaftsstreben und die Expansionspolitik der Sowjetunion betroffen. Seit dem zweiten Weltkrieg hält die Sowjetunion noch immer die vier japanischen Kurileninseln besetzt und es ist die eindeutige Absicht der sowjetischen Sozialimperialisten, diese Inseln für immer ihrem Herrschaftsbereich anzugliedern. So haben die sowjetischen Sozialimperialisten mehrfach Japan den Vorschlag gemacht, einen Friedensvertrag abzuschließen, jedoch die territoriale Frage der Kurileninseln dabei auszuklammern. Es ist die bekannte Politik der Supermächte: „Frieden" heißt Unterwerfung unter die hegemonistischen Interessen. Auch in dieser Frage aber ist es die VR China, die konsequent das japanische Volk im Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus für die Wiedererlangung seiner vollen territorialen Rechte unterstützt. An der Spitze der Bewegung des japanischen Volkes für die sofortige Aufhebung der sowjetischen Annektion der Kurilen-Inseln steht die Kommunistische Partei Japans (Linke). In einer Erklärung der Partei heißt es: „Wir werden diese illegale Besetzung der nördlichen Territorien durch den sowjetischen Sozialimperialismus niemals hinnehmen." Die KPJ (Linke) führt auch die breite Bewegung des Volkes für einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit China.

Natürlich ist den sowjetischen Sozialimperialisten die konsequente Friedenspolitik der VR China, der Zusammenschluß der asiatischen Länder gegen die sozialimperialistische Vorherrschaftspolitik unter Führung der VR China ein Dorn im Auge. Und sie tun daher alles, um die VR China in Asien wie auf der ganzen Welt durch Druck und Erpressung gegenüber anderen Ländern zu isolieren. **Aber der bevorstehende Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen der VR China und Japan zeigt, daß nicht den expansionistischen Plänen der sowjetischen Sozialimperialisten der Erfolg gehört, sondern der friedliebenden revolutionären Außenpolitik der Volksrepublik China, dem Zusammenschluß der Völker gegen die beiden Supermächte.**

Bundeshaushalt 1975 22,3 Mrd.DM Defezit

Staatsschuldenrekord - das Volk soll zahlen

Der neue Bundeshaushalt für das Jahr 1975 wird ein Loch von 22,3 Mrd. DM haben. Damit sind die Staatsschulden in einem Jahr von 9,4 Mrd. DM auf um mehr als das Doppelte gestiegen und haben eine neue Rekordhöhe erreicht.

Die rasch fortschreitende Zerrüttung der Staatsfinanzen nicht nur der Bundesrepublik, sondern aller kapitalistischen Länder, ist ein Zeichen dafür, daß sich die tiefe Krise, die die ganze kapitalistische Welt erfaßt hat, rasch verschärft. Jetzt sind die Staatsfinanzen so zerrüttet, daß die Höhe der Schulden an die vom Grundgesetz festgelegte Grenze stößt. Jetzt zeigt sich aber auch, daß diese Grenze hauptsächlich festgelegt wurde, um die Planbarkeit der kapitalistischen Wirtschaft durch den bürgerlichen Staat vorzutäuschen und ihm einen sozialen Anstrich zu verleihen. Nicht nur, daß im Grundgesetz eine Ausnahme für den Fall „ernster Störungen der Gesamtwirtschaft" vorgesehen ist, die fortschreitende Krise selbst enthüllt, daß der bürgerliche Staat dazu da ist, den Monopolen Riesenprofite zuzuschanzen, ein Instrument der Ausplünderung der Werktätigen im Interesse der Monopole ist.

Die Millionensubventionen des Staates an die Monopole, die Staatsaufträge an die Konzerne, die enorme Ausweitung der Rüstungsproduktion, durch all das werden den Monopolen Höchstprofite zugeschanzt. In ihrem Interesse ist es auch, wenn die Bundesregierung zusätzliche Millionen an die amerikanischen Besatzer für die Stationierung ihrer Truppen in unserem Land zahlt. **Die gesamte Tätigkeit des bürgerlichen Staates ist allein den Interessen der Monopole untergeordnet.**

Das zeigt sich auch daran, daß jetzt, angeblich, um den „Haushalt zu finanzieren", neue Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen geplant werden. Mit Hilfe neuer Steuererhöhungen sollen das Letzte aus den Werktätigen herausgepresst werden. Im Auftrag der Monopole heizt der Staat die Inflation an, indem er, laut Ankündigung der Bundesbank, in diesem Jahr den Umlauf ungedeckter Banknoten um 8% erhöhen wird und gerade jetzt ist ein neues Fünfmarkstück von minderem Wert ausgegeben worden, was den Monopolen Millionen bringt, während es das Leben der Werktätigen weiter verteuert. Gerade jetzt in der Krise zeigt sich, daß der bürgerliche Staat ein Instrument der Monopole zur rücksichtslosen Ausplünderung der Werktätigen ist.

Kurz berichtet

BOCHUM

Nachdem bekanntgegeben wurde, daß die KPD/ML sich an den Landtagswahlen in NRW beteiligt, beschloß die SoWi-Zelle des KSB/ML in Bochum, den Kampf mit einer Spendensammlung zu unterstützen. Für den Monat Januar setzten sich die Genossen das Ziel, 250 DM zu sammeln. Da dieses Soll schnell erreicht war, haben die Genossen jetzt beschlossen, bis zum Mai 1 000 DM als Wahlkampfbeitrag aus eigenen Spenden und aus Spendensammlungen bei Sympathisanten zusammenzubringen. Das Zwischenergebnis für Januar betrug 504,35 DM, fast ausschließlich von Sympathisanten gespendet.

DUISBURG

Am ersten Wochenende, an dem in Duisburg Unterschriften für die Einreichung der Wahllisten der KPD/ML gesammelt wurden, versuchte die Polizei, die Partei dabei zu behindern. Ein Hauseigentümer holte die Polizei und nachdem der Genosse das Haus verlassen hatte, verlangten Polizisten seine Personalien und durchsuchten seine Tasche nach Flugblättern. Als er schon einige Häuser weitergegangen war, hielt erneut ein Wagen mit zwei Polizisten, die noch ein zweites Mal seine Personalien verlangten und ihm vorlogen, das Sammeln der Unterschriften müsse angemeldet sein, sonst sei es verboten.



BOCHUM

An einem Wochenende konnten die Bochumer Genossen in Hordel, einem alten Bergarbeiterviertel, 140 Unterschriften sammeln und 30 Broschüren „Es lebe der Kommunismus!" verkaufen. Sie stießen sehr häufig auf großes Interesse am Kommunismus und an der Partei. So rief ein älterer Arbeiter, als er die Thälmannplaketten der Genossen sah: „Ja, was habt ihr denn da, Thälmann kenne ich persönlich." Er erzählte ihnen, daß die Faschisten ihn 33 ins KZ geworfen hatten und war begeistert, als er hörte, daß die Partei heute die Tradition der KPD Ernst Thälmanns fortsetzt. Ein anderer war bis 1957 Betriebsrat und Mitglied der KPD gewesen. Als für ihn klar geworden war, daß die Bachmann, Reimann und Co. den Weg der Klassenversöhnung einschlugen, machte er nicht mehr mit. „Die Führer der D.K'P und die Bonzen in der DDR sind für mich Salonkommunisten, ich bin sicher, daß sich der chinesische Kommunismus durchsetzen wird", meinte er.

Auch viele jüngere Kollegen waren voller Interesse. Ein Arbeiter berichtete, daß bei ihm im Betrieb Chinesen arbeiten, unterschrieb und kaufte eine Broschüre.

Bei einer ganzen Reihe von Kollegen war eine starke Ablehnung des Parlamentarismus zu spüren. So sagte einer: „Wahlen haben ja sowieso keinen Sinn, das haben wir ja damals bei der SPD gesehen. Die SPD ist schuld daran, daß Hitler an die Macht gekommen ist. Sie hat sich geweigert, loszuschlagen und uns auf die Wahlen vertröstet. Nach dem Krieg hat sie dann gesagt, das Volk sei Schuld am Faschismus."

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH 1 Westberlin 36, Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Betriebsratsausschluß abgelehnt

Ein Sieg für die Rote Betriebsrätin!

Am 7. Februar fand in Bochum der Arbeitsgerichtsprozeß gegen die rote Betriebsrätin bei Siemens in Witten, die Kommunistin Annette Schnoor statt. Kläger war die Betriebsratsclique um Rein und Sander, dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, die Annette wegen angeblicher Pflichtverletzung aus dem Betriebsrat ausschließen lassen wollten. Der Prozeß endete mit der vollständigen Niederlage dieser Clique.

Nicht nur, daß das Gericht ihre Klage abwies und Genossin Schnoor damit im Betriebsrat bleibt, im Verlauf der Verhandlung enthüllte Genossin Schnoor alle ihre Machenschaften, ihre Lügen und Manipulationen, auf die sie ihre Klage gegründet hatten und bewies, **daß der ganze Lebensinhalt dieser Clique darin besteht, ihren Herren, den Siemenskapitalisten zu dienen, in ihrem Auftrag die Arbeiterinnen bei Siemens einzulullen, zu betrügen und zu unterdrücken, um sie der Ausbeutung durch die Kapitalisten wehrlos auszuliefern.**

Von vornherein war klar, daß die Behauptungen über angebliche Pflichtverletzungen nur ein Vorwand waren. Diese Behauptungen standen auf so schwachen Füßen, daß selbst der Ortsvorstand der IGM der Betriebsratsclique den Rechtsschutz verweigerte, um ,,sich keine blutigen Nasen zu holen". Außerdem hatten Rein und Sander schon in der Verhandlung am 20. Dezember durch ihren Rechtsanwalt offen erklären lassen, worum es ihnen wirklich ging und für wen sie arbeiten. Ihr Rechtsanwalt sagte damals: *,,Die kommunistische Agitation ist für* **Siemens** *nicht mehr länger tragbar."*

Die Betriebsratsclique um Rein und Sander hatte in den Schriftsätzen ihrer Anwälte immer behauptet, daß die rote Betriebsrätin Annette Schnoor im Betrieb isoliert sei, daß das Vertrauen der Kolleginnen in sie immer mehr geschwunden sei. In der Verhandlung enthüllte die Genossin, daß das nichts als eine Lüge ist. Schon die Angst der Siemenskapitalisten und der Betriebsratsclique vor dem Prozeß bewies das genaue Gegenteil. Als Annettes Kolleginnen erfahren hatten, daß sie aus dem Betriebsrat ausgeschlossen werden sollte, war ihre Empörung darüber so groß, daß einige von ihnen eine Resolution verfaßten und sie im Betrieb herumgehen ließen, in der sie den geplanten Ausschluß verurteilten und dazu aufriefen, Annette zu unterstützen und zur Gerichtsverhandlung zu kommen. Am Tag der Gerichtsverhandlung selbst verhängten die Siemenskapitalisten für den ganzen Betrieb eine Urlaubssperre,und als eine Kollegin vor dem Prozeß zu Rein ging und ihm sagte, wenn Annette entlassen würde, würde sie diese Schweinerei auf der Belegschaftsversammlung öffentlich bekanntmachen, drohte ihr dieser Arbeiterverräter mit den Worten: *,,Machen Sie hier ja kein Theater, wir werden schon Mittel und Wege finden, Ihnen den Mund zu stopfen!"* Trotz der Urlaubssperre, trotz der Drohungen und Erpressungen besuchten aber zwei Kolleginnen den Prozeß.

Rein, Sander und ihr Anhang tun so, als ob sie das Vertrauen der Kolleginnen genießen, während sie in Wirklichkeit immer verhaßter werden. Schon kurz nach der Betriebsratswahl, als Rein erneut zum Vorsitzenden gewählt werden sollte, protestierten 289 Kollegen und Kolleginnen mit ihrer Unterschrift dagegen, 33 mehr, als Rein gewählt hatten. Als der Betriebsrat Westrup in einer Belegschaftsversammlung gegen die Genossin Annette auftrat, weil sie angeblich ihre Pflichten als Betriebsrätin verletzen würde, erntete er einen Proteststurm. Eine andere Betriebsrätin nannte ihn sogar öffentlich einen Lügner.

Unterschriftenlisten, die die Betriebsratsclique gegen Genossin Annette organisierte, blieben ohne Erfolg. Rein selbst weiß im übrigen ganz genau, wie groß das Ansehen der Genossin Annette bei ihren Kolleginnen ist, warum hätte er sonst gegenüber einigen von ihnen heuchlerisch beteuern sollen, was sie für eine gute Betriebsrätin ist?

Die Genossin Annette fand breite Unterstützung, weil sie sich, wie die Kolleginnen in ihrer Resolution schrieben, ,,immer für uns eingesetzt hat", weil sie in den zehn Monaten, die sie nun Betriebsrätin ist, konsequent die Interessen der Ar-

Fortsetzung auf Seite 4

IGM-Bonzen zetern gegen "Lohndiktat"

Lohnraubabschluss ist beschlossene Sache

Fortsetzung von Seite 1

dann tun sie praktisch so, als gäbe es Zeiten, wo Klassenfrieden herrscht und Zeiten, wo es Klassenkampf gibt. Aber Frieden zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse kann es nie geben. Deshalb ist diese ,,Anprangerung" des ,,Klassenkampfes von oben" nichts als ein demagogischer Trick der IGM-Bonzen, um den Arbeitern weiszumachen, Klassenkampf sei etwas für die Arbeiter Schädliches. Und was heißt denn ,,unter Ausnutzung der jetzigen Lage"? Das heißt doch nichts anderes, als daß die IGM-Bonzen den Arbeitern einreden wollen, ihre Lage sei jetzt so, daß sie wegen der Wirtschaftskrise nicht kämpfen könnten und die Angriffe der Kapitalisten hinnehmen müssen.

Den Zweck dieser Propaganda. die die Arbeiter entmutigen und in die Resignation treiben soll, nennen die IGM-Bonzen selbst einige Sätze weiter. Da loben sie sich nämlich selber, weil sie ,,in Kenntnis ihrer Verantwortung um die Erhaltung des sozialen Friedens" dem Schlichtungsvorschlag von 7% zugestimmt haben. **Das heißt nichts anderes, als daß die IGM-Bonzen genauso radikal, wie sie sich jetzt in Worten gegen die ,,Provokation der Unternehmer" wenden, in Taten gegen jeden Streil: der Arbeiter auftreten werden, der zu einer wirklichen Kampfansage an die Kapitalisten wird und ihren ,,sozialen Frieden" gefährdet.**

Während der IGM-Apparat offen für einen Lohnraubabschluß eintritt und für das Stillhalten der Arbeiter Propaganda macht, versuchen die modernen Revisionisten von der D,,K"P so zu tun, als könnten die Arbeiter bei massiver ,,Kritik von der Basis" unter Führung des IGM-Apparats auf eine Lohnerhöhung, auf Streik hoffen. So stellten sie in der ,,UZ" groß heraus, daß Diederichs, der Dortmunder Bonze der IGM, vor Funktionären in der Westfalenhalle nur ,,zähneknirschend" den 7% zustimmte und propagierten nach dem Abschluß der Schlichtung in NRW, jetzt gälte es, für eine Urabstimmung über 11% zu kämpfen. **Als ob der IGM-Apparat, der seit Wochen und Monaten planvoll Schritt für Schritt einen Lohnraubabschluß zwischen sechs und sieben Prozent vorbereitet, eine Urabstimmung, selbst wenn sie zustandekommen sollte, zu etwas anderem benutzen würde, als den Widerstand der Meta'larbeiter zu brechen!** Gleichzeitig unterstützen die D,,K"P-Revisionisten die klassenversöhnlerische Propaganda der IGM-Bonzen, indem auch sie den Kollegen nicht sagen, daß der Kampf unversöhnlich Klasse gegen Klasse geführt werden muß, sondern mit ihrer Theorie von der Notwendigkeit der Erhöhung der Massenkaufkraft das Interesse der Kollegen auf das ,,Wohl der Wirtschaft" lenken wollen und so nur ,,radikaler" als die IGM-Bonzen ebenfalls die Lüge verbreiten, ,,wir sitzen alle in einem Boot".

Die Kollegen der Gute-Hoffnungshütte in Oberhausen streiken für mehr Lohn

Alle zusammen, Kapitalisten, IGM-Apparat, Regierung und D,,K"P-Revisionisten arbeiten mit unterschiedlichen Methoden und Worten auf das gleiche Ziel hin: die Arbeiter dazu zu bewegen, für die Erhaltung des Profits der Kapitalisten in der Krise Opfer zu bringen, sich gegen die Verschärfung der Ausbeutung nicht zu wehren. Die Metallarbeiter müssen sich darum gegen alle diese Feinde zusammenschließen und im Vertrauen auf ihre eigene Kraft für die Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen.

Arbeiterkorrespondenzen

Umschulung: vom Regen in die Traufe

Als Sympathisant der KPD/ML möchte ich euch heute einmal mitteilen, wie die sogenannte Umschulung durch die Arbeitsämter, speziell hier in Westberlin aussieht. Ich sage bewußt Ämter, weil es sich in den anderen Arbeitsämtern gewiß nicht anders abspielt. Zunächst sollte man festhalten, daß alle diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die als Umschüler gelten, nicht auf der Arbeitslosenliste geführt werden. Die Statistik sähe also mit ihnen noch weitaus schlechter aus als es heute an sich schon der Fall ist.

Kommen wir aber nun zum direkten Thema einer Umschulung, wie sie sich in meiner Umschulungszeit darstellte. Da sah es dann folgendermaßen aus. Ich wurde bereits im März 1974 arbeitslos. Auf Anraten des Arbeitsamtes entschloß ich mich, dann zu einer Umschulung zum Metallarbeiter. Am 13. 5. 74 begann dieser Lehrgang. Er sollte sich zunächst auf neun Wochen belaufen und umfaßte ein Angebot an Fachwissen, das der gesamte Lehrgang nie hätte erfüllen können. Geschlossen trat dann unsere Umschulungsgruppe an das Arbeitsamt heran und teilte ihren Standpunkt mit, daß so eine gezielte und wirksame Hilfe für den einzelnen unmöglich sei. Aus unserem Programm wurde dann das Klempnergewerbe (Blechbearbeitung) gestrichen. Weiterhin blieben auf dem Programm: DREHEN? FACHZEICHNEN? FACHRECHNEN? FRÄSEN? Das alles, und ich versah es bewußt mit einem Fragezeichen, sollte in neun Wochen bewältigt werden. Wir alle waren uns in der Gruppe klar, daß es nicht möglich sei, das gesetzte Ziel zu erreichen. Das Arbeitsamt traf dann ein Übereinkommen mit der AEG Brunnenstraße, demzufolge die AEG bereit war, eine Weiterausbildung zu übernehmen, das Arbeitsamt sich aber bereiterklären mußte, selbst noch einmal sechs Wochen an die gesetzte Frist anzuhängen. Auch das geschah. Im September übernahm die AEG dann auch den Lehrgang und zwar unter der Bedingung, eine Weiterausbildung bis zum Dezember 74 zu gewährleisten. Die Einstellung fand in einer Lohngruppe statt, die allen einen Lohn von 7,– DM die Stunde garantierte.

Wir haben uns oft die Frage gestellt, warum tut das die AEG. Nun Kolleginnen und Kollegen, die Antwort darauf war leicht zu finden.

Im Zuge der allgemeinen Sorge vieler Kolleginnen und Kollegen um eben ihren Arbeitsplatz versäumte es die AEG nicht, aus der Not vieler Kollegen noch ein Geschäft machen zu wollen. Das zeigte sich schon daran, daß innerhalb der Firma stets und immer und immer wieder auf das Leistungsprinzip hingewiesen wurde und zwar Leistungsprinzip im Sinne gemeinster und widerlichster Ausbeutung. Damit sollten wir angesporat werden, einen höheren Lohn zu erzielen.

Kolleginnen und Kollegen, ihr dürft glauben, es ist furchtbar, sich so sehr abhängig fühlen zu müssen. Und das alles unter dem Zwang eines ungeheuren wirtschaftlichen Druckes. Es war ja nicht nur, daß man nun ohne Arbeit war, nein wir haben Wochen, ja ich selbst und viele andere Monate auf das Geld warten müssen. Es mag oft unwahrscheinlich klingen, aber es war gar nicht möglich für die Kollegen, frei von Druck zu arbeiten, denn ständig war die Sorge um das Geld. **Der Erfolg sah denn auch so aus, daß alle, bis auf einen Kollegen ihren Platz bei der AEG wieder verloren haben.** Und dieser eine war technisch vorgebildet. Alles das, Kollegen, ereignet sich tagtäglich und niemand der vielen namenlosen Arbeitslosen, die in Nürnberg innerhalb eines Computers eine Nummer haben, kann sich gegen all das auflehnen, ohne seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Ausbildungsbeihilfe aufs Spiel zu setzen.

Ich wünsche und hoffe, daß der ROTE MORGEN sich gerade in den kommenden Monaten voll an die Seite derer stellt, die sich ja heute doch noch von vielen alleine gelassen fühlen. Nur wer selbst erlebt, was es heißt, arbeitslos zu sein, nur der weiß, was für eine heuchlerische gemeine Fratze hinter diesem Staat steht. Einem Staat, der durch die Machenschaften mit der Industrie jede Chance ausnutzt, um Menschen zum Untertanen zu machen. Ich habe aber volles Vertrauen zur KPD/ML, der einzigen Partei, die ich für würdig erachte, die kommunistischen Ideen zu verwirklichen. In diesem Sinne werde ich selbst versuchen, mein Handeln an der Partei zu orientieren.

Mit brüderlichem Gruß
Rot Front
Ein Genosse aus Westberlin

Großfeuer bei Mobil-Oil in Bremen

Am 24. 1. wollte ich morgens zur Arbeit gehen. Vor der Hafeneinfahrt standen ca. 10 Mannschaftswagen der Polizei, sie ließen mich nicht herein. Mit mir warteten noch mehrere Kollegen, im Hintergrund sah man eine riesige Stichflamme bei Mobil Oil und Rauchschwaden. Erst als wir darauf bestanden, daß uns die Polizei schriftlich bestätigt, daß wir nicht zur Arbeit zu gehen brauchen, ließen sie uns durch. **Das Hafenbecken, in dem ich arbeite, grenzt direkt an den Öl-Hafen, es bestand Explosionsgefahr. für die ganze Gegend bis nachmittags um 15.30 Uhr.**

Trotzdem wurden die Betriebe und Wohnhäuser nicht geräumt. Die Polizei war nur zur Schau da und benutzte den Brand zu einer Notstandsübung, bei einer Explosion hätten sie nur noch die Leichen wegräumen können.

Meine Kollegen waren empört über das rücksichtslose Verhalten der Polizei – sie selbst standen in Sicherheit, wir aber mußten in 150 m Entfernung von Mobil Oil arbeiten. Die Hafenkapitalisten interessieren nur die Tonnen, das Leben der Hafenarbeiter schert sie einen Dreck, darum mußten wir weiterarbeiten. Bei uns lagern tausende von Tonnen Holz und Kohle, bei einer Explosion wären wir nicht mehr weggekommen.

Bisher waren noch einige Kollegen davon überzeugt, daß ,,Anarchisten" die Bombe im Bremer Hauptbahnhof gelegt haben, sie glaubten nicht, daß die Polizei und die Herren Senatoren im Rathaus bescheid wußten und trotzdem den Bahnhof nicht räumen ließen. Nachdem sie selbst erfahren hatten, wie die Polizei vorgeht, bestand für sie kein Zweifel mehr daran.

Rot Front
Ein Genosse aus dem Bremer Hafen

Betriebsarzt liefert Entlassungsgrund

Vor kurzem erhielt ich mein Kündigungsschreiben, in dem es unter anderem hieß: ,,...fehlten Sie häufig wegen Krankheit. Nach unserer Beurteilung wird es auch künftig zu häufigen und langen Ausfallzeiten wegen Krankheit kommen. Diese Vermutung wurde auch ärztlicherweise (Betriebsarzt) bestätigt...sind wir leider gezwungen, Sie fristgemäß zu kündigen."

Hier kann man deutlich sehen, daß die Betriebsärzte treue Lakaien der Kapitalisten sind. Anstatt sich für die Gesundheit der Arbeiter einzusetzen, liefern sie den Kündigungsgrund. Und der Betriebsrat? Er meinte, da kann man nichts machen, warum bist Du auch so oft krank.

Ein RM-Leser aus Hohen Limburg

Revisionistisches

D„K"P-REVISIONISTEN FALLEN DEM KAMPF GEGEN DEN § 218 IN DEN RÜCKEN

In Kürze wird das Bundesverfassungsgericht sein Urteil über den § 218 sprechen. Es gibt kaum einen Zweifel daran, daß das Gericht gegen die Fristenlösung, d. h., die legale Abtreibung in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft entscheiden wird. Dieses Urteil hat bereits jetzt große Empörung bei vielen fortschrittlichen Menschen hervorgerufen. Die modernen Revisionisten der D„K"P versuchen nun, sich an die Spitze dieser Bewegung zu setzen, um sie in eine für den Kapitalismus ungefährliche Bahn zu lenken und das kapitalistische Ausbeutersystem in Schutz zu nehmen. Mit ihrer Demagogie versuchen sie vor allem, den Kampf gegen den § 218 vom Kampf gegen das gesamte kapitalistische Ausbeutersystem zu trennen und die Verantwortung für die unmenschlichen Verhältnisse, unter denen die Kinder der Werktätigen aufwachsen, die Verantwortung für die große Zahl der Abtreibungen von der Bourgeoisie auf die Werktätigen selbst abzuwälzen.

Wie zynisch sie dabei vorgehen, zeigt folgendes, in der „UZ", der Zeitung der D„K"P abgedrucktes Plakat: *„Ungewollte Kinder klagen an: In der BRD müssen 10 000 Kinder in Heimen leben, werden 30 000 Kinder von ihren Eltern mißhandelt, werden 1 000 Kinder auf diese Weise getötet."* Das entspricht völlig der Propaganda der Bourgeoisie, die heuchlerisch die Herzlosigkeit der Eltern „beklagt", die Kindesmißhandlungen und -tötungen in großer Aufmachung als Zeichen der Grausamkeit, als Beispiel für das „Böse im Menschen" herausstellt, die Idealismus und Metaphysik verbreitet, damit sich die Empörung über die unmenschlichen Verhältnisse nicht gegen sie selbst richtet. Was machen die modernen Revisionisten anderes, wenn sie von „ungewollten" Kindern sprechen und die Kindesmißhandlungen hervorheben?

Die werktätigen Frauen lassen ihre Kinder nicht abtreiben, weil sie herzlos sind oder um ein bequemeres Leben zu führen. Wenn sie es tun, dann weil wirtschaftliche Not und die Unsicherheit ihrer Existenz es immer schwieriger machen, Kinder aufzuziehen, weil die Verhältnisse immer schlechter werden, weil ihnen letzten Endes die kapitalistische Gesellschaft keine andere Alternative läßt. Der § 218 hat nicht nur tausenden von Frauen das Leben gekostet, sondern er dient der Bourgeoisie auch vor allem als Mittel, die werktätigen Frauen und die gesamte Arbeiterklasse zu unterdrücken. Der Kampf gegen diesen Paragraphen ist völlig gerechtfertigt. Die modernen Revisionisten nutzen dies, um ihrer Demagogie einen antikapitalistischen Anstrich zu geben.

Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, als ob durch den Kampf für die Beseitigung des § 218 die Emanzipation der Frau erreicht werden könnte, weil sie dann angeblich „frei" entscheiden kann, wieviele Kinder sie haben will. In Wirklichkeit jedoch gibt es diese „freie" Entscheidung nicht, denn sie ist keine Frage des persönlichen Willens oder der Mutterliebe, sondern die angeblich freie Entscheidung ist in Wirklichkeit von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung diktiert.

Auch wenn die Abtreibung legalisiert werden sollte, bleiben Ausbeutung und Unterdrückung weiterhin bestehen. Die Befreiung der Frau kann nur im Kampf der ganzen Arbeiterklasse für den Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems erreicht werden. Gerade diese Erkenntnis versuchen die modernen Revisionisten durch ihre Demagogie zu verhindern.

Betriebsratsausschluß abgewehrt

Ein Sieg für die Rote Betriebsrätin

Fortsetzung von Seite 3

beiter vertreten hat. Genossin Annette hat von Anfang an, schon vor ihrer Wahl, aus ihrer Haltung kein Hehl gemacht. **Sie erklärte, daß die Arbeiter jede Politik der Klassenzusammenarbeit und der Klassenversöhnung schonungslos bekämpfen und stattdessen den Weg des unversöhnlichen Klassenkampfes gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger einschlagen müssen.** Sie erklärte, daß die Mitbestimmung nur dazu da ist, die Arbeiter besser zu unterdrücken und ihnen die Sinne zu vernebeln und daß die Verrätereien von Rein und Sander und ihrer Clique, ihre Dienste für die Siemenskapitalisten, ihre Ursache nicht in deren persönlichen Eigenschaften haben, sondern typisch sind für die gesamte Politik des IGM-Apparats, der mit dem Staat und dem Finanzkapital eng verschmolzen, ein Instrument der Kapitalistenklasse zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter ist. Genauso das Betriebsverfassungsgesetz, auf dessen Boden, die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" zwischen Kapitalisten und Arbeiter, sich niemals ein Betriebsrat stellen kann, der wirklich konsequent für die Interessen der Arbeiter eintritt.

Genossin Annette wurde wegen dieses klaren Programms in den Betriebsrat gewählt, ihr Ansehen und das Vertrauen in sie wuchsen, weil ihre Kolleginnen in den vergangenen zehn Monaten sich immer klarer von der Richtigkeit dieses Programms überzeugen konnten. Während die Reinclique die berechtigten Forderungen der Arbeiterinnen abwiegelte, ihren Kampf durch Drohungen und Erpressungen zu unterdrücken versuchte, konnten sie sehen, daß ihre rote Betriebsrätin an ihrer Seite stand, erkannten immer mehr Kolleginnen, daß der Weg des unversöhnlichen Klassenkampfes der einzig richtige Weg ist.

Sogar im Betriebsrat entwickelte sich die Opposition gegen Rein und seine Clique. Selbst dort konnten sie den Ausschlußantrag nur mit den hinterhältigsten Tricks durchbringen. Sie brachten den Antrag ein, als Genossin Annette im Urlaub war, einen Antrag auf Verschiebung um eine Woche, nach Beendigung des Urlaubs, lehnten sie ab. Diese Eile war um so verdächtiger, als derselbe Antrag schon einmal vor Wochen gestellt wurde und von Rein mit der Begründung, man habe es nicht eilig, zurückgestellt wurde. Offensichtlich hoffte er, daß in der Zwischenzeit seine Unterschriftensammlung gegen Annette für eine „Mißtrauenserklärung der Belegschaft" ausreichen würde. Als dies scheiterte, nutzte Rein den letztmöglichen Termin, an dem Annette noch in Urlaub war. Von besonderer Bedeutung war außerdem, daß auch zwei weitere Mitglieder des Betriebsrates, die sich schon bei früheren Beschlüssen gegen Genossin Annette der Stimme enthalten hatten und die Betriebsrätin, die bei der Wahl die meisten Stimmen erhalten hatte und auf der Belegschaftsversammlung offen für Annette aufgetreten war, nicht anwesend waren. Hätten sie alle an der Sitzung teilgenommen, wäre der Beschluß gar nicht durchgekommen, schon so war das Stimmenverhältnis nur äußerst knapp. In ihrer Rede vor Gericht sagte Genossin Annette, auf die wachsende Opposition im Betriebsrat eingehend: *„Wenn gewisse Herren sich früher noch im Betriebsrat gegen die Vertreterinnen der Arbeiterinnen mit Beleidigungen durchsetzten wie: ‚Wenn Sie nicht sofort den Mund halten, so fliegen Sie raus!' ‚Lern doch erst mal logisch denken, bevor Du hier etwas sagst!' – so wissen sie heute genau, daß sie mit solchen Einschüchterungen nicht durchkommen."*

Angesichts der Unterstützung und des Vertrauens der Kolleginnen für ihre kommunistische Betriebsrätin, der Angst der Siemenskapitalisten und ihrer Handlanger vor der weiteren Enthüllung ihrer Machenschaften vor Gericht und der völlig haltlosen juristischen Begründung der Klage, gewann Genossin Annette den Prozeß. Der Richter handelte damit durchaus im Interesse der Kapitalisten und ihrer Betriebsratsclique, denn er brach den Prozeß ab, bevor sie in den Zeugenstand mußten, bevor weitere Zeugen die Taten der Betriebsratsclique aufgedeckt hätten. Zudem gab der Richter Rein und seiner Clique einen guten Rat mit auf den Weg. Die Anklage nämlich, die „grobe Verletzung gesetzlicher Pflichten" beim nächsten Mal besser zu begründen.

„Grobe Verletzung gesetzlicher Pflichten" aber heißt vor allem, das „vertrauensvolle Zusammenwirken zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat" zu verletzen, den revolutionären, unversöhnlichen Klassenkampf zu führen, das BVG, das die Arbeiter knebelt und unterdrückt, nicht anzuerkennen, sondern, wie Annette vor Gericht sagte, „sich nichts anderem verpflichtet fühlen als den Interessen der Arbeiter". Diese Politik des unversöhnlichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung wird immer mehr das Vertrauen der Arbeiterinnen und Arbeiter gewinnen.

Jugendarbeitslosigkeit

Imperialisten locken mit der Bundeswehr

In den letzten Monaten ist die Zahl der Jugendlichen, die sich für zwei, vier oder sogar acht Jahre zum Dienst in der Bundeswehr verpflichtet haben, stark angestiegen. Der „Rote Marder", die Soldatenzeitung der Roten Garde für die Hamburger Kasernen berichtet z. B., daß nach dem letzten Rekruteneinzugstermin am 2. Januar bis zu 75% der Stuben mit Z4-Soldaten (Zeitsoldaten auf vier Jahre) belegt waren. Was hat es mit dieser Entwicklung auf sich?

Die bürgerliche Presse und die kapitalistischen Politiker preisen diese Entwicklung als ein Zeichen für die „ständig steigende Attraktivität der Bundeswehr", sie sprechen davon, daß die „Wehrmüdigkeit" überwunden sei und loben die angeblich freiwillige Entscheidung als „Zeichen wachsender Einsicht und Vernunft" der Jugend.

Nichts von alledem ist wahr. Die Ursache für die steigende Zahl der Verpflichtungen ist die sprunghaft ansteigende Jugendarbeitslosigkeit. Schon jetzt sind 123 000 Jugendliche in der Bundesrepublik und Westberlin ohne Arbeit. Der Kapitalismus hält für sie eine düstere Zukunft bereit, ein Leben voller Unsicherheit, von Not und Elend. Der Elan und der Schwung, der Tatendrang und der Wille, die eigenen Fähigkeiten einzusetzen, all das, was die Jugend kennzeichnet, liegen brach, werden in unserer kapitalistischen Gesellschaft unterdrückt. **In dieser Situation nutzen die Imperialisten die Not und die unsichere Existenz der Jugendlichen aus, um ihnen einen scheinbaren Ausweg aus ihrer Lage anzubieten, um ihnen den Dienst in der imperialistischen Armee, der Bundeswehr, schmackhaft zu machen und sie als Kanonenfutter für den imperialistischen Krieg und die Unterdrückung ihrer Klassenbrüder im eigenen Land zu benutzen.**

Die westdeutschen Imperialisten machen große Anstrengungen, um die Jugendlichen für diese Ziele einzuspannen. In Zeitungsanzeigen versprechen sie „krisenfreie Arbeitsplätze" und in dicken Werbebroschüren preisen sie die Bundeswehr mit Parolen wie „Diplom und Meisterbrief in der Klarsichtmappe", sprechen vom „Großbetrieb Luftwaffe" und erwecken überhaupt den Eindruck, als ob der Soldat im Dienst der westdeutschen Imperialisten eine sorgenfreie und sichere Zukunft vor sich hat.

Mit der Unterschrift unter die Dienstverpflichtung aber, mit dem ersten Tag in der Kaserne zeigt sich, daß all die Versprechungen der Werbeprospekte nichts als Lug und Trug waren. Der „Rote Marder" berichtet: *„Schon am ersten Tag bekamen wir Besen in die Hände gedrückt und durften Flure schrubben: – der Drill und die Schikanen begannen von Anfang an, um uns das Rückgrat weichzuklopfen, um uns zu gefügigen Befehlsempfängern – also brauchbaren Nato-Söldnern zu machen."*

Die sichere und sorgenfreie Zukunft, die die westdeutschen Imperialisten der Jugend vorgaukeln, ist in Wirklichkeit nichts anderes, als die Ausbildung und Vorbereitung der Jugend auf einen neuen imperialistischen Krieg, um sie gefügig zu machen für die Unterdrückung der Werktätigen in unserem Land, wenn sich die Klassenwidersprüche weiter verschärfen.

Die Propaganda, die die westdeutschen Imperialisten heute betreiben, dient nicht nur ihren eigenen aggressiven Zielen, sondern entspricht auch vor allem den Zielen der amerikanischen Imperialisten, die den Oberbefehl in der Nato haben und deren Rivalität mit den sowjetischen Sozialimperialisten im Kampf um die Vorherrschaft in der Welt sich verschärft. Der imperialistische Krieg, das ist das Mittel, mit dem die Imperialisten und vor allem die beiden Supermächte einen Ausweg aus ihren wachsenden inneren und äußeren Schwierigkeiten suchen.

Aber die Jugendlichen, die sich heute für die Armee verpflichten, weil sie keinen anderen Ausweg aus Arbeitslosigkeit und unsicherer Zukunft sehen, sind nicht bereit, den Drill, die Schikane, die imperialistische Propaganda kampflos über sich ergehen zu lassen. Die Unruhe und der Widerstand in der Bundeswehr wachsen von Tag zu Tag. **Sie werden erkennen, daß der einzige Ausweg aus kapitalistischer Krise und drohendem imperialistischem Krieg der gewaltsame Sturz und die Zerschlagung der imperialistischen Ausbeuterordnung ist. Anstatt die Gewehre gegen ihre eigenen Klassenbrüder zu richten, werden sie sie gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker, die Imperialisten wenden.**

Vom Aufbau des Sozialismus

DEN SOZIALISMUS GESTÜTZT AUF DIE EIGENEN KRÄFTE AUFBAUEN!

In den 30 Jahren seit der Befreiung und des Triumphs der Volksrevolution hat das albanische Volk beim Aufbau des Sozialismus großartige Erfolge errungen und das Land aus einem der zurückgebliebensten Länder Europas zu einem blühenden sozialistischen Land gemacht. In dieser ganzen Zeit hat sich das albanische Volk, geführt von der Partei der Arbeit Albaniens, beim Aufbau des Sozialismus immer in der Hauptsache auf die eigenen Kräfte gestützt. Auf diese Weise konnte und kann es alle Schwierigkeiten überwinden, der Blockade durch den Imperialismus und den Revisionismus trotzen und auch in einer Zeit, in der sich die Wirtschaftskrise in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern schnell verschärft, die Entwicklung aller Zweige der Wirtschaft planmäßig und in raschem Tempo vorantreiben.

Das Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, ist eines der grundlegenden Prinzipien beim Aufbau des Sozialismus, denn es beruht in der Hauptsache auf der Mobilisierung und Aktivierung der schöpferischen Fähigkeiten der werktätigen Massen, auf ihrer zunehmenden Rolle bei der Lösung von Problemen.

Als die Chruschtschow-Revisionisten Albanien zu ihrer Kolonie machen wollten, offenen Verrat übten, alle ihre Spezialisten aus Albanien abzogen und die Blockade gegen das Land organisierten, waren es die werktätigen Massen mit der Arbeiterklasse an der Spitze, die dem Ruf der Partei folgten, die im Stich gelassenen Arbeiten vollständig zu übernehmen. Sie waren es, die zusammen mit den aus dem Volk stammenden Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern mit großen Kräften die wissenschaftlich-technische Revolution in Angriff nahmen und vorantrieben. Sie deckten zahlreiche Bodenschätze und neue materielle Reserven auf. Sie produzierten Ersatzteile, Ausrüstungen, Maschinen und neue Artikel und entwarfen im ganzen Land Hunderte von Produktionsstätten und Abteilungen, Fabriken und Kombinate. Sie bauten Eisenbahnlinien, Straßen, Kanäle und Bewässerungsanlagen Dadurch wurde nicht nur die Stärke und Selbständigkeit der ganzen Volkswirtschaft erhöht, sondern das ganze Volk schloß sich enger zusammen, entwickelte den Geist der brüderlichen sozialistischen Solidarität, stählte und entwickelte sich im Kampf für den Aufbau seiner sozialistischen Heimat. Im Kampf für den sozialistischen Aufbau, geführt und erzogen von der Partei der Arbeit Albaniens, wuchsen neue, sozialistische Menschen heran, mit hohen moralischen Eigenschaften, voller Stolz auf ihre sozialistische Heimat, darauf, daß sie die Herren des Landes sind und bereit, ihre Unabhängigkeit und Freiheit, die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus zu verteidigen und zu schützen.

In 30 Jahren des sozialistischen Aufbaus vollbrachte das albanische Volk auf diese Weise Leistungen, für die der Kapitalismus 200 Jahre gebraucht hat, und die die früheren albanischen Regimes, die die Reichtümer des Landes an die Imperialisten verschacherten, niemals hätten vollbringen können.

„Alle diese Erfolge", sagte Genosse Enver Hoxha, „sind die Frucht der Arbeit, der Gedanken und des Schweißes unseres Volkes, das der Schöpfer, der Gigant und der Nutznießer von alledem ist. Das ist der Sozialismus, den das Volk selbst aufbaut und den es selbst genießt."

450 Jahre deutscher Bauernkrieg

Der Bauer stund auf im Lande

„Auch das deutsche Volk hat seine revolutionäre Tradition." So beginnt Friedrich Engels seine Schrift über den deutschen Bauernkrieg. Diese revolutionäre Tradition haben auch die Bauern verstanden, die in den Kämpfen des letzten Jahres mit der Bundschuhfahne auf die Straße zogen (Bundschuh = Bauernschuh im Gegensatz zu den Stiefeln der Ritter). Glaubt man dagegen den Geschichtsbüchern der Bourgeoisie, so waren die Bauernkriege nichts als der etwas hitzige Hintergrund für einen Religionskrieg, den Martin Luther gegen die römische Kirche führte.

Die Bauernkriege aber als Religionskriege zu bezeichnen, nur weil die Sprache seiner verschiedenen Führer die der Kirche bzw. der Bibel war, ist genauso falsch wie die Lüge über den gegenwärtigen „Religionskrieg" in Irland. In den Bauernkriegen ging es um handfeste Klasseninteressen und diese Kriege waren Klassenkriege genauso wie alle späteren Revolutionen auch.

Die Glocken stürmten vom Bernwardsturm

**Die Glocken stürmten vom Bernwardsturm,
der Regen durchrauschte die Straßen,
und durch die Glocken und durch den Sturm
erschallte des Urhorns Blasen.**

**Das Büffelhorn, das lang geruht,
Veit Stoßperg nahm's aus der Lade,
das alte Horn, es brüllte nach Blut
und wimmerte: Gott Gnade!**

**Ja, gnade dir Gott, du Ritterschaft!
Der Bauer stund auf im Lande!
Und tausendjährige Bauernschaft
macht Schild und Schärpe zu Schande!**

**Die Klingsburg hoch am Berge lag;
sie zogen hinauf in Waffen,
auf rammte der Schmied mit einem Schlag,
das Tor, das er fronend geschaffen.**

**Dem Ritter fuhr ein Schlag ins Gesicht
und ein Spaten zwischen die Rippen.
Er brachte das Schwert aus der Scheide nicht
und nicht den Fluch von den Lippen.**

**Auf rauschte die Flamme mit aller Kraft,
brach Balken und Bogen und Bande!
Ja, gnade dir Gott, du Ritterschaft,
der Bauer stund auf im Lande!**

Deutschland im 16. Jahrhundert war bestimmt durch den Aufschwung, den die Industrie in den letzten Jahrzehnten genommen hatte. An die Stelle der feudalen, ländlichen Lokalindustrie war der zünftige Gewerbebetrieb der Städte getreten, der für weitere Kreise und für entlegene Märkte produzierte. Neben der Weberei hatte sich – vor allem in Thüringen – der Bergbau entwickelt. Während in anderen Ländern die Entwicklung der Industrie jedoch eine politische Zentralisierung mit sich brachte, wurde in Deutschland im Gegenteil die provinzielle Zersplitterung verstärkt, die auch zum Haupthindernis für den Erfolg der kämpfenden Bauern wurde. So gab es in Deutschland damals viele kleine Fürstentümer, freie Städte und über 1.000 Reichsritterschaften, die zwar alle unmittelbar dem Kaiser unterstanden, in Wirklichkeit aber weitgehend unabhängig waren.

In jener Zeit lagen alle damaligen Klassen und Schichten miteinander in Feindschaft, weil sie im alten Feudalsystem ihre Interessen nicht oder nicht mehr vertreten sahen. Die Kirche, die damals rund ein Viertel der Gesamtfläche Deutschlands in ihrem Besitz hatte, strebte danach, immer neue Reichtümer an sich zu reißen, und mit den verschiedensten Manövern, bekannt ist zum Beispiel der Ablaßbetrug, ihr Vermögen zu vermehren. Der Kaiser wollte die Unabhängigkeit der Fürstentümer brechen, während die Fürsten nach noch größerer Selbständigkeit strebten. Der Adel, der durch die Einführung der Feuerwaffen beim Heer seine frühere Bedeutung verloren hatte, kämpfte gegen seinen Niedergang. In den Städten kämpften die Patrizier, die reichen Kaufleute, einerseits gegen die feudalistischen Beschränkungen und andererseits gegen die Bürger in den Städten.

Während alle diese Klassen und Schichten um die Erhaltung bzw. die Ausdehnung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht kämpften, waren es die Plebejer in den Städten, vor allem Gesellen, aber auch Tagelöhner, und die Bauern, die überwiegende Mehrheit der damaligen Bevölkerung, die gegen alle anderen Klassen und Schichten, gegen die Ausplünderung und Unterdrückung durch sie im Kampf standen. Friedrich Engels beschreibt die Lage der Bauern so:

„Unter all diesen Klassen, mit Ausnahme der letzten (der Plebejer – RM) *stand die große exploitierte Masse der Nation: die Bauern. Auf dem Bauer lastete der ganze Schichtenbau der Gesellschaft: Fürsten, Beamte, Adel, Pfaffen, Patrizier und Bürger. Ob er der Angehörige eines Fürsten, eines Reichsfreiherrn, eines Bischofs, eines Klosters, einer Stadt war, er wurde überall wie eine Sache, wie ein Lasttier behandelt und schlimmer. War er Leibeigener, so war er seinem Herrn auf Gnade und Ungnade zur Verfügung gestellt. War er Höriger, so waren schon die gesetzlichen, vertragsmäßigen Leistungen hinreichend, ihn zu erdrücken; aber diese Leistungen wurden täglich vermehrt. Den größten Teil seiner Zeit mußte er auf den Gütern des Herrn arbeiten; von dem, was er sich in den wenigen freien Stunden erwarb, mußten Zehnten, Zins, Gült, Bede, Reisegeld (Kriegssteuer), Landessteuer und Reichssteuer gezahlt werden. Er konnte nicht heiraten und nicht sterben, ohne daß dem Herrn bezahlt wurde. Er mußte, außer den regelmäßigen Frondiensten, für den gnädigen Herrn Streu sammeln, das Wild zur Jagd treiben, Holz hacken usw. Fischerei und Jagd gehörten dem Herrn; der Bauer mußte ruhig zusehen, wenn das Wild seine Ernte zerstörte. Die Gemeindeweiden und Waldungen der Bauern waren fast überall gewaltsam von den Herren weggenommen worden. Und wie über das Eigentum, so schaltete der Herr willkürlich über die Person des Bauern, über die seiner Frau und seiner Töchter. Er hatte das Recht der ersten Nacht. Er warf ihn in den Turm, wenn's ihm beliebte, wo ihn mit derselben Sicherheit, wie jetzt der Untersuchungsrichter, damals die Folter erwartete. Er schlug ihn tot oder ließ ihn köpfen, wenn's ihm beliebte . . . Wer sollte ihn schützen? In den Gerichten saßen Barone, Pfaffen, Patrizier oder Juristen, die wohl wußten, wofür sie bezahlt wurden. Alle offiziellen Stände des Reichs lebten ja von der Aussaugung der Bauern."* (Friedrich Engels, Der Deutsche Bauernkrieg, S. 42/43).

Allen Klassen und Schichten gemeinsam war damals das Streben nach einer Veränderung der bestehenden Ordnung. Ihr vordergründig gemeinsamer Feind war die katholische Kirche, gelenkt durch den Papst in Rom. Jedoch hatten sie völlig verschiedene Ziele dabei. **Die Fürsten, der Adel und die Patrizier wollten vor allem die Güter und den Reichtum der Kirche auf diesem Weg an sich reißen. Die Bauern und Plebejer dagegen verstanden den Kampf gegen die katholische Kirche als einen Kampf gegen das feudalistische System.**



Holzschnitt aus dem 16. Jahrhundert – Gefangennahme eines Ritters durch die Bauern

So ist es zu erklären, daß zu Beginn des 16. Jahrhunderts zunächst eine kurze Zeit lang eine Bewegung aller gegen die katholische Kirche und für ein freies deutsches Reich unter der Herrschaft des Kaisers existierte, die sich aber dann vor allem durch den entschlossenen Kampf der Bauern relativ schnell spaltete in die revolutionäre Bewegung der Bauern und Teile der Plebejer auf der einen und die Fürsten, den Adel und die Patrizier auf der anderen Seite. Die Städte, das Bürgertum und auch die Patrizier nahmen dabei eine schwankende und für die Entwicklung der Revolution äußerst schädliche Haltung ein, indem sie sich zunächst teilweise auf die Seite der Bauern schlugen, um später mit fliegenden Fahnen auf die Seite der Fürsten überzulaufen.

Für die zwei grundsätzlichen Fraktionen in der Bewegung stehen zwei Männer: Martin Luther für die bürgerlich-reformatorische Bewegung auf der einen und Thomas Münzer, der große revolutionäre Führer der Bauern und Plebejer, auf der anderen Seite.

Martin Luther, der von der Bourgeoisie vor allem als der Mann gepriesen wird, der dem Volk gegen die Unterdrückung und den Betrug durch die katholische Kirche Recht verschaffen wollte, der gepriesen wird als der grundehrliche Reformator, der in Wittenberg den Drohungen der Fürsten zum Trotz zu seiner Überzeugung stand („Hier stehe ich und kann nicht anders"), war in Wirklichkeit, sobald die herrschenden Klassen und Schichten die Gefahr erkannt hatten, die ihnen durch die Bewegung der Bauern und Plebejer drohte, ihr radikalster Propagandist gegen das Volk.

Seine Haltung, die die der hinter ihm stehenden Klassen ist, läßt sich durch Zitate aus seinen Schriften treffend kennzeichnen. Vor Beginn des Bauernkrieges hieß es: „Mit Waffen, nicht mit Worten" muß der Kampf gegen den römischen Klerus geführt werden. Bei Beginn des Bauernkrieges dann schrieb Luther in seinem Brief an den „Adel deutscher Nation": „Ich möchte nicht, daß man das Evangelium mit Gewalt und Blutvergießen verfechtet." Und als die Bauern bewiesen hatten, daß sie mit ihren Unterdrückern kurzen Prozeß zu machen gewillt waren, tobte Luther: „Man soll sie zerschmeißen, würgen, stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund totschlagen muß!" Luther war es auch, der Thomas Münzer, den revolutionären Führer des Bauernkrieges, schon zu Beginn der Kämpfe bei den Herren in Weimar denunzierte, so daß Münzer aus der Stadt fliehen mußte, er war es, der, nachdem Münzer in Mühlhausen auf die Folter gespannt und enthauptet wurde, geiferte: „Keine Spur von Reue, nichts als Trotz und Verstocktheit bis ans Ende."

Von völlig anderer Art war Thomas Münzer, die, wie Friedrich Engels sagt, „großartigste Gestalt" des Bauernkrieges.

Thomas Münzer, um 1498 in Stolberg im Harz geboren, begann seine revolutionäre Tätigkeit früh. Schon mit 15 Jahren organisierte er in der Schule einen Geheimbund gegen den Erzbischof von Magdeburg und gegen die römische Kirche überhaupt. Als Prediger versuchte er zunächst, nicht nur das Volk, sondern auch Adel und Fürsten gegen Rom zu gewinnen. In diesen Predigten, die geprägt waren vom Zusammentreffen mit den Zwickauer Tuchmachergesellen, die dem Bund der Wiedertäufer angehörten, schaffte er übrigens lange vor Luther die lateinische Sprache radikal ab. **Im Gegensatz zu Luther wandte sich Thomas Münzer jedoch, sobald er erkannte, daß die Fürsten und der Adel seinen Kampfaufrufen nicht folgen wollten, ganz und gar dem Volk zu. Als politischer Agitator reiste er durch Südwest- und Südostdeutschland. Dabei verbreitete er nicht nur die Idee zum Kampf gegen Rom u n d die Fürsten und den Adel im Volk, sondern organisierte gleichzeitig die sich überall bildenden Bauernhaufen für ein geplantes gemeinsames Losschlagen in den ersten Apriltagen 1525.**

Wodurch Thomas Münzer in seinen Ideen über alle anderen Führer des Bauernkrieges herausragte, war seine Radikalität. Er griff nicht nur die römische Kirche, sondern das Christentum überhaupt an, indem er gegen den heiligen Geist und für die menschliche Vernunft sprach, indem er gegen alles Überirdische, sei es Himmel oder Hölle, agitierte und im Gegenteil die Verwirklichung des „schönen Lebens nach dem Tode" auf Erden propagierte. Politisch forderte Thomas Münzer im Grunde eine Gesellschaft ohne Klassenunterschiede, ohne Privateigentum und ohne eine den Gesellschaftsmitgliedern entgegengesetzte, fremde Staatsgewalt. Er verbreitete, daß sämtliche bestehenden Staatsgewalten, sofern sie sich nicht der Revolution anschließen wollten, gestürzt und ein Bund gegründet werden sollte, der diesen Sturz bewerkstelligen und gleichzeitig nach seiner Vollendung die vollständige Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder durchsetzen sollte. So heißt es in seiner Schrift gegen Martin Luther: ***„Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun, wie kann es dann in die Länge gut werden? (. . .) So ich das sage, werde ich aufrührerisch sein. Wohl hin!"***

Thomas Münzer konnte seine Ideen im Bauernkrieg nicht verwirklichen, denn sie entsprachen nicht den Bedingungen der Zeit, die eine Ablösung des Feudalismus durch die bürgerliche Gesellschaft verlangten. Es war aber seine bedingungslose Kampfansage an den Feudalismus, die die Massen der Bauern und die Plebejer immer wieder anspornte, auch nach Niederlagen erneut zu den Waffen zu greifen. Er war es, der die Bauern immer wieder vor den Listen, die die Fürsten gegenüber den anstürmenden Bauern anwandten, um sie zur Niederlegung ihrer Waffen zu bewegen, warnte, er war es, der versuchte, die provinziell zersplitterten Bauernhaufen wenigstens teilweise zu vereinen und zu organisieren.

Sein Kampf und der von zehntausenden von revolutionären Bauern, die sich um ihn und andere aufrechte Führer zusammenschlossen, sind das Erbe der Geschichte, auf das das Proletariat mit Stolz zurückblickt. Mögen die bürgerlichen Geschichtsschreiber den Stiefellecker der Fürsten und Patrizier, Martin Luther, ruhig als Vorbild hinstellen. Es zeigt nur, daß sie heute wie die herrschende Klasse damals Angst haben, daß ihre Macht von den Volksmassen gestürzt wird.

(Der Artikel wird fortgesetzt).

Genosse Klaus Stahl freigesprochen

Der fünfte Verhandlungstag im Prozeß gegen vier Teilnehmer des Roten Antikriegstages 1972 brachte einen großen Erfolg für den Kampf der Genossen vor Gericht, für die Partei und die Rote Hilfe in München. Genosse Klaus Stahl, der im ersten Prozeß aufgrund eines Photo-„Beweises" zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, wurde freigesprochen.

Nachdem durch die Aussage der Mutter von Genossen Klaus noch einmal vollständig klar geworden war, daß er auf dem „Beweisphoto" gar nicht abgebildet ist, forderte der Staatsanwalt die Abtrennung des Verfahrens und Freispruch für Genossen Klaus. Von der Abtrennung des Verfahrens erhofften sich Staatsanwalt und Gericht, die Front der Genossen spalten zu können. Aber diese Hoffnung zerschlug sich. Genosse Klaus, der gleich am nächsten Tag als Zeuge gegen die anderen angeklagten Genossen geladen wurde, dachte nicht daran, Aussagen zu machen.

Bei der Vernehmung des Polizisten, der am Roten Antikriegstag Genossen Peter Bayer festgenommen hatte, zeigte sich dann deutlich, worauf die Polizisten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben gedrillt werden. **Peter Bayer waren damals mitten auf der Straße die Kleider heruntergerissen worden, so daß er völlig nackt da stand. Der Polizist, der ihn festgenommen hatte, sagte jetzt im Prozeß aus, das sei notwendig gewesen, weil Peter ja hätte Granaten haben können. Als die Anwälte dem Polizisten daraufhin die „Frage" stellten, ob man dann nicht gleich hätte schießen müssen, sagte der Polizist: „Ja."** Mit anderen Worten, es ist nichts als ein glücklicher Zufall, daß Genosse Peter Bayer heute noch lebt und gesund ist!

Diese offene Mordpropaganda eines Polizisten im Gerichtssaal beweist noch einmal deutlich, daß es sich bei der Ermordung des Genossen Günter, bei den anderen Polizeimorden der letzten Zeit keineswegs um „Übergriffe" einzelner Polizisten handelt, die im Gegensatz zur „herrschenden Demokratie" stehen. Denn wie die Mörder des Genossen Günter ungeschoren durch die bürgerliche Klassenjustiz davonkommen sollen, und stattdessen die Genossen der Partei, die diesen Mord anprangern, juristisch verfolgt werden, so braucht auch dieser Polizist in München keine Rüge des Richters zu fürchten, stattdessen will auch hier das Gericht um jeden Preis die drei Genossen verurteilen, die den gerechten Kampf gegen den imperialistischen Krieg geführt haben und auch heute dazu stehen.

In seinem Plädoyer forderte der Staatsanwalt für Genossen Bayer 18 Monate Gefängnis. Das sind 6 Monate mehr als im ersten Urteil, gegen das die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte. Bei den Genossen Bernd Reiser und Hubert Lehmann blieb er bei der Forderung nach 12 Monaten Gefängnis. Am nächsten Mittwoch wird das Gericht das Urteil sprechen. Es wird ein Gesinnungsurteil sein. Das steht heute schon fest. **Aber die angeklagten Genossen können sich der Solidarität der Freunde und Genossen der Partei sicher sein.** Am Freitag wurden sie von rund 40 Menschen mit Blumen vom Gericht abgeholt. An die hundert Personen waren abends auf einer Veranstaltung der Partei, unter ihnen auch eine Reihe Werktätige, die zum ersten Mal eine Veranstaltung der Partei besuchten. Über 300 DM wurden zur Unterstützung der drei Genossen gesammelt.

Verteidiger sollen ausgeschaltet werden

Die Rechtsanwälte Croissant, Groenewold und Stroebele sind als Pflichtverteidiger der vier „RAF"-Genossen, denen kurz nach Ostern der Prozeß gemacht werden soll, abberufen worden. Diese Abberufung bedeutet nicht nur einen finanziellen Angriff auf die Rechtsanwälte und ihre Mandanten, sondern ist ein weiterer Schritt, um diese Rechtsanwälte endgültig als Verteidiger auszuschalten.

Die bürgerliche Klassenjustiz begründet die Abberufung der Verteidiger als Pflichtverteidiger mit der „Fürsorge für die Angeklagten und das Verfahren". Es bestehe nämlich die Befürchtung, die Verteidiger könnten wegen eines möglichen Ausschlusses wegen Verdachts der Tatbeteiligung das Verfahren nicht durchstehen – so der zuständige Richter Prinzing und die Bundesanwaltschaft. Diese „Fürsorge" des Staates hat offensichtlich mit dem, was man normalerweise darunter versteht, absolut nichts zu tun, sie ist das genaue Gegenteil davon. Oder spricht etwa aus der Isolationsfolter, die gegen die Gefangenen angewandt wird, aus der Ermordung von Holger Meins „Fürsorge" für die Angeklagten? Nicht anders verhält es sich jetzt mit der „Fürsorge" gegenüber den Angeklagten und den Rechtsanwälten. Den Angeklagten sollen die Verteidiger ihres Vertrauens geraubt und dafür Zwangsverteidiger vorgesetzt werden. Die Anwälte, gegen die bereits alle Verfahren wegen §129 (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) laufen, sollen selbst ins Gefängnis gebracht werden.

Warum die bürgerliche Klassenjustiz diese Anwälte so fürchtet, zeigt sich in einem Brief der Justiz über Rechtsanwalt Croissant. Laut einer Entscheidung des Gerichtsvorsitzenden Prinzing in Stuttgart „enthüllt sich Dr. Croissant als einer der Hauptverantwortlichen für eine gegen die Justiz gerichtete Kampagne, die dazu dienen soll, die Solidarität und Unterstützung für eine kriminelle Vereinigung aufrechtzuerhalten". Dieses öffentliche Eintreten gegen die Isolationsfolter bringt Richter Prinzing dann zu dem Schluß: „Der Anwalt Dr. Croissant gehört zu den Verteidigern, wo wichtige Indizien für eine Tatbeteiligung sprechen."

Der Tatbeteiligung „verdächtig", **was nach der neuen Strafprozeßordnung ja vollkommen ausreicht für einen Ausschluß der Verteidiger vom Verfahren, sollen also die Rechtsanwälte sein, die in politischen Prozessen nicht gegen die Revolutionäre und Kommunisten kämpfen, sondern die Verbrechen des imperialistischen Staates anprangern.**

Während die Bourgeoisie einerseits offen eine faschistische Gleichschaltung der Justiz betreibt, versucht sie andererseits gegen die Verteidiger vorzugehen, indem sie nach der Methode des Diebs, der „Haltet den Dieb!" schreit, die Anwälte, die konsequent gegen die physischen Vernichtungsversuche der Justiz gegen die politischen Gefangenen gekämpft haben, des Tötungsversuchs an Gefangenen bezichtigt. Schon bei der Ermordung des Genossen Holger Meins wurde in der Presse das Gerücht lanciert, Rechtsanwalt Haag, der Holger Meins zuletzt lebend gesehen hatte, könnte ihn umgebracht haben. Jetzt wurde gegen die Rechtsanwälte Becker und Koencke Anzeige wegen versuchter Tötung erstattet, weil sie politischen Gefangenen in Hamburg Tabak mitgebracht hatten, der ihnen von der Justiz aus Schikanegründen verboten worden war. Auch dies ist ein offener Versuch, Anwälte, die solidarisch für ihre politisch verfolgten Mandanten eintreten, selber zu kriminalisieren.

HÄNDE WEG VON DEN FORTSCHRITTLICHEN RECHTSANWÄLTEN!

Rote Hilfe Deutschlands gegründet

Fortsetzung von Seite 1

Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS unterstützt den schweren Kampf unserer Klassenbrüder in der ehemals sozialistischen DDR, die heute mit dem Deckmantel des Sozialismus unter faschistischer Knute gehalten werden, die man mit Mauer und Stacheldraht gefangenhält. Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS kämpft für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, in dem es keine politische Unterdrückung für die Volksmassen gibt – wo unsere heutigen Peiniger zur Rechenschaft gezogen, verjagt und niedergehalten werden.

Überall da, wo das Volk unterdrückt wird und sich dagegen erhebt, ist die Kampffront der ROTEN HILFE. Sie entfaltet so breit wie möglich die proletarische Massensolidarität mit allen revolutionären politisch Verfolgten. Jedermann kann, unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit und über die Grenzen verschiedener Anschauungen hinweg Mitglied der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS sein, wenn er sich in die aktive revolutionäre Solidaritätsfront einreiht.

Der Kampf der ROTEN HILFE gilt der Freilassung aller politischen Gefangenen aus den Kerkern dieses Unrechtsstaates, den sie hassen und bekämpfen. Wir werden nie müde sein, das Unrecht und das Verbrechen, das ihnen durch Haft und brutale Folter zugefügt wird, in unserem Land und in der ganzen Welt anzuprangern. Wir werden alle unsere Kräfte einsetzen, um mit ihnen gemeinsam die Verbesserung ihrer eigenen Lage und die ihrer Familien in moralischer und materieller Hinsicht und ihre Freilassung zu erkämpfen.

Der Ruf:

FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN – KAMPF GEGEN FOLTER, TERROR UND MORD IM GEFÄNGNIS

wird nie hinter Gefängnismauern bleiben, er erschallt heute schon tausendfach. Der Terror wird zum Bumerang für die Henker. Nicht nur in den Gefängnissen, in allen Lebensbereichen verstärkt sich der Terror der herrschenden Klasse. Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr werden aufgerüstet, speziele „Mordeinsatzkommandos" werden ausgebildet; die Polizei verunsichert die Straßen – immer häufiger Tote durch Polizeikugeln: „Notwehr", sonst kein Kommentar. Man soll sich wieder an den Terror gewöhnen, damit die Bourgeoisie so die planmäßige Vernichtung von Kommunisten und anderen Revolutionären vorbereiten kann.

Um seine Todfeinde zu ermitteln, unterhält der imperialistische Staatsapparat ein umfangreiches Agentennetz von politischer Polizei, Verfassungsschutz usw. Hinzu kommen die Geheimdienste der Besatzer. Innerhalb der Arbeiterbewegung selbst sind besonders hinterhältige Agenten tätig: Die D„K"P/„S"EW, nicht jedes einzelne Mitglied, denunziert organisiert Revolutionäre. Nicht nur das, sie wirkt der Solidarität der Massen mit den Revolutionären entgegen, indem sie den Verfolgten selbst die Schuld für die Faschisierung des Staatsapparates in die Schuhe zu schieben versucht.

Der Haß und der Kampf der ROTEN HILFE gilt diesen Terrorbanden und Agenten des Kapitals.

Ein wichtiger Hebel der Entrechtung und Unterdrückung des Volkes ist die Gesetzgebung dieses Staates. Sie ist ein Pfeiler, mit dem die Kapitalistenklasse ihre Herrschaft absichern will, sie ist gegen das Volk, insbesondere gegen die Arbeiterklasse gerichtet.

Mit der Verschärfung des Klassenkampfes haben die Herrschenden von jeher versucht, die wenigen vom Volk erkämpften Rechte immer mehr einzuschränken. Mit verschiedenen neuen Verordnungen und Gesetzen schafft sich die Klassenjustiz ständig neue „Rechtsmittel" gegen das Volk. Sie versucht grundsätzlich das zu Recht und Gesetz zu machen, was ihren Klasseninteressen am besten nützt. So haben sie die Notstandsgesetze, die mit den Nazi-Sondergesetzen zu vergleichen sind, durchgepeitscht, um ganz „legal" eine faschistische Diktatur errichten zu können, wenn diese für die Erhaltung ihrer Herrschaft notwendig wird. Die „Reformen" ihres Strafrechts, ihrer Staatsschutzgesetze, ihres Betriebsverfassungsgesetzes, ihrer reaktionären Ausländergesetze, der §129 („kriminelle Vereinigung") und auch das KPD-Verbot dienen nichts anderem, als der verstärkten politischen Unterdrückung des Volkes, besonders der Revolutionäre.

Die Prozeßflut gegen Revolutionäre, zeigt deutlich, aus welchem Holz die Gesetze geschnitzt sind.

Den Kampf gegen die Klassengesetze der Bourgeoisie und die weitere Entrechtung des Volkes sieht die ROTE HILFE als wichtige Kampffront an. Die ROTE HILFE schafft breite Solidarität mit all denen, die aufgrund ihrer revolutionären politischen Gesinnung und Aktionen vor die bürgerliche Klassenjustiz gezerrt werden. Mit ihnen gemeinsam wandelt sie die Prozesse in einen Schlag gegen die Bourgeoisie. Dabei gibt sie auch juristische und finanzielle Unterstützung.

Die zahllosen Prozesse gegen Kommunisten und die Kommunistische Partei, die KPD/ML, die wegen ihrer Agitation und Propaganda verurteilt werden, sind Ausdruck der Angst der Kapitalistenklasse davor, daß die kommunistische Idee immer mehr die Massen erfaßt und eines Tages zur materiellen Gewalt wird, die die kapitalistische Sklaverei hinwegfegt. Der Kampf der ROTEN HILFE wird dazu beitragen, daß es nicht gelingen wird, die Kommunisten mundtot zu machen, daß es nicht gelingen wird, die Wahrheit zu unterdrücken.

Darum:

FREIHEIT FÜR DIE REVOLUTIONÄRE AGITATION UND PROPAGANDA!

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

WEG MIT DEN REAKTIONÄREN SONDERGESETZEN!

WEG MIT DEM KPD-VERBOT – HÄNDE WEG VON DER KPD/ML UND ALLEN REVOLUTIONÄREN ORGANISATIONEN!

TOD DEM FASCHISMUS!

Schon immer hat sich die politische Unterdrückung der Bourgeoisie besonders gegen die Arbeiterklasse und ihre Kommunistische Partei gerichtet. Auch heute ist die politische Unterjochung und Entrechtung in den Großbetrieben und in den reaktionären DGB-Gewerkschaften – wo die Arbeiterklasse besonders konzentriert ist – am stärksten. Das BVG verbietet die politische Betätigung im Betrieb, ja sogar Streiks der Arbeiter werden kriminalisiert. Der DGB-Apparat ist ein Instrument der Kapitalistenklasse. Er arbeitet Arm in Arm mit den Kapitalisten gegen klassenkämpferische Arbeiter, vor allem gegen Kommunisten. Durch die antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse werden vor allem KPD/ML-Mitglieder und Arbeiter, die den DGB-Apparat angreifen, besonders wenn sie Forderungen der KPD/ML vertreten, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Der Rausschmiß aus dem Betrieb folgt meist postwendend, wenn nicht eine starke Widerstandsfront im Betrieb ihn verhindert.

Auch in Armee, Schule und Hochschule nimmt die politische Unterdrükkung zu. In der Armee wird gegen jede revolutionäre Regung besonders hart und terroristisch vorgegangen. Berufs- und Ausbildungsverbote sollen die Revolutionäre einschüchtern, ihnen die Existenz rauben und die Volksmassen vom Kampf abhalten. Gegen all diese Unterdrükkungsmaßnahmen organisiert die ROTE HILFE möglichst wirkungsvolle Solidarität.

Die politische Unterdrückung des Volkes ist nicht auf unser Land beschränkt. Sie ist überall dort, wo Imperialismus und Kapitalismus herrschen, wo das Volk die Macht noch nicht erkämpft hat.

Die Solidaritätsfront der ROTEN HILFE ist nicht auf die Grenzen unseres Landes beschränkt. Unsere Solidarität gilt allen um ihre Unabhängigkeit und Befreiung kämpfenden Völkern, besonders denen, die unter faschistischer Terrorherrschaft leiden und denen, die bereits ihre Waffen zur Befreiung erhoben haben. Sie gilt allen verfolgten ausländischen Klassenbrüdern.

Gemeinsam mit den Völkern der Welt hassen und bekämpfen wir besonders die größten Feinde der Menschheit, die Hauptkriegsbrandstifter in der Welt, die ihre Truppen auch auf dem Boden unseres Vaterlandes haben, den sowjetischen Sozialimperialismus und den US-Imperialismus. Sie werden wie alle Reaktionäre von den Völkern zerschlagen werden. Wir sehen, wie alle Unterdrückten auf der Welt in China und Albanien ein leuchtendes Beispiel für befreite sozialistische Länder. Zurecht werden dort die alten Unterdrücker und solche, die im neuen Gewande auftreten, niedergehalten. Wir werden diese Länder gegen jegliche Angriffe unterstützen.

ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Arbeiter, Bauern, Werktätige,
Intellektuelle, Hausfrauen,
Rentner und Arbeitslose,
Soldaten, Schüler und Studenten!

Jeder, der den Kampf gegen die politische Unterdrückung tatkräftig führen will, der sich aktiv in die breite Front der proletarischen Klassensolidarität einreihen will, gehört in die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS. So ist die ROTE HILFE eine unentbehrliche Waffe im Kampf der Werktätigen für ihre Befreiung, für die proletarische Revolution und den Sozialismus.

KÄMPFT MIT DER ROTEN HILFE!

VORWÄRTS MIT DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

'RAF' -Gefangene

Hungerstreik beendet

Die Gefangenen aus der „RAF" haben ihren Hunger- und Durststreik organisiert abgebrochen. Ihr Entschluß beruht auf der richtigen Einschätzung, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen die Forderung nach Aufhebung der Isolationsfolter und der Vernichtungshaft auch durch eine Fortsetzung des mutigen Kampfes der Gefangenen nicht durchzusetzen ist.

In dem von der „RAF" verbreiteten Beschluß zur Beendigung des Streiks wird allerdings hauptsächlich die „Defensive und Hilflosigkeit" der revolutionären Bewegung als Grund für die Nichtdurchsetzung der Forderung nach Aufhebung der Isolationsfolter und Vernichtungshaft angegeben. Diese Stellungnahme der „RAF" offenbart aufs neue die bodenlose Arroganz der „RAF" und ihre völlige Unfähigkeit, die Entwicklung des Klassenkampfes materialistisch einzuschätzen. **Der Hungerstreik scheiterte, weil er nicht von einer materialistischen Einschätzung des Klassenkampfes ausging, sondern von der Entschlossenheit der „RAF-Helden", durch ihren Kampf alles andere in Bewegung zu setzen.** Der Hungerstreik war insofern die Fortsetzung der falschen „RAF"-Politik und scheiterte aus denselben Gründen, aus denen die „RAF" insgesamt gescheitert ist. Es ist eine Lüge, daß unsere Partei, die Rote Hilfe und andere Organisationen nicht große Anstrengungen unternommen hätten, eine starke Front zur Durchsetzung der Forderung der politischen Gefangenen zu organisieren, aber das findet seine Grenzen in der objektiven Klassenkampfsituation. Der „RAF"-Sympathisantenkreis suchte den Ausweg in der Mobilisierung von Individuen aus der Kleinbourgeoisie und der Bourgeoisie. Das allerdings ist nicht der Weg der Kommunistischen Partei. Die „RAF" hat die Planung und Durchführung des Streiks in keiner Weise mit der Partei diskutiert. Sie hat die Partei wie alle anderen Organisationen vor die Alternative gestellt: entweder für den Streik einzutreten oder sich gegen ihn zu stellen. Die KPD/ML hat den mutigen Kampf der „RAF"-Gefangenen unterstützt, ohne ihn nach außen zu kritisieren. Sie verurteilt auch heute noch, daß die GRF vor dem Abbruch des Durststreiks ein Manöver zur Spaltung der Solidaritätsfront mit dem Kampf der Gefangenen gestartet hat, das seine besondere Hinterhältigkeit gerade dadurch gewinnt, daß es sich demagogisch auf das proletarische Klasseninteresse beruft, um den Kampf der „RAF"-Gefangenen dann als „bürgerlich" zu diffamieren.

Die „RAF"-Gefangenen haben ihren Hunger- und Durststreik beendet. Auch wenn die Durchsetzung der Forderungen nicht erreicht werden konnte, ist er doch nicht auf der ganzen Linie gescheitert. **Er hat breiten Teilen der Werktätigen unseres Landes die tatsächliche Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates deutlich vor Augen geführt, die Bourgeoisie ist im wesentlichen bei dem Versuch, durch die „Anti-Terrorismus"-Hetze eine reaktionäre Massenmobilisierung gegen die revolutionäre Bewegung zu erreichen, gescheitert.** Der Kampf gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft aber geht weiter. Mit der Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS ist ein wichtiger Schritt getan, um diesem Kampf mehr Schlagkraft zu verleihen.

Prozeß gegen Teilnehmer des Trauerzuges

Freispruch

Am 4. 2. 75 bei der zweiten Verhandlung des Genossen Hubert W. mußte die bürgerliche Klassenjustiz zum ersten Mal einen Teilnehmer des Trauerzuges freisprechen. Der Richter mußte zugeben, daß Genosse Hubert nicht an einer verbotenen Demonstration, sondern an einem erlaubten Trauerzug teilgenommen hatte. Er mußte dann weiterhin zugeben, daß der Widerstand des Genossen gegen den Polizeieinsatz unter diesen Umständen nicht strafbar war. Der vorher gegen Genossen Hubert ergangene Strafbefehl wegen „Teilnahme an einer verbotenen Demonstration" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt" wurde aufgehoben.

Nach der Beerdigung des Genossen Günter hatte die Staatsanwaltschaft Duisburg in zahllosen Strafbefehlen behauptet, Freunde und Genossen des Mitglieds der KPD/ML Günter Routhier, die am 24. 6. 74 von der Polizei von 11.30 Uhr mittags an bis in den späten Abend in Duisburg festgenommen worden waren, hätten sich an einer „verbotenen Demonstration" beteiligt. Genosse Hubert war an diesem Tag festgenommen worden, während er als Kranzträger an der Spitze des Zuges auf der Hultschinerstr. marschierte.

Genosse Hubert stellte von Anfang an klar, daß dieses angebliche Verbot einer Demonstration, zu der die KPD/ML aufgerufen habe, eine Zwecklüge der Bourgeoisie war, um ihren seit dem absehbaren Tod des von ihr ermordeten Genossen Günter geplanten und vorbereiteten Überfall auf die Trauergäste zu „rechtfertigen". In Wirklichkeit hat es an diesem Tag keine Demonstration der KPD/ML, geschweige denn eine verbotene Demonstration gegeben, sondern stattdessen einen Trauermarsch, den Frau Rotraud Routhier sogar vorsichtshalber noch angemeldet hatte und dessen ordnungsgemäße Durchführung ihr kurz vor dem Sammeln der Trauergäste gegen 11.30 Uhr in der Nähe der Lerchenstr. noch einmal von der Polizei zugesagt worden war.

Was das schriftliche Verbot des Duisburger Polizeipräsidenten angeht, das Genossen Hanfried Brenner am 24. 6. gegen 11.30 Uhr zugestellt wurde, und auf das sich fast alle Strafbefehle und auch die Polizeizeugen in den Prozessen beziehen, so wird darin das Verbot einer Demonstration ausgesprochen, die am 24.6.74 um 14.30 Uhr ausgehend von der Lerchenstr. von der KPD/ML stattgefunden haben soll. **Dieser hier angegebene Zeitpunkt ist allerdings so gut wie der einzige, an dem an diesem Tag kein Trauergast in Duisburg wegen „Teilnahme an einer verbotenen Demonstration" festgenommen wurde. Zu diesem Zietpunkt befanden sich nämlich alle Trauergäste, (die bis dahin nicht von der Polizei festgenommen worden waren) auf dem Gelände des Waldfriedhofs, weil für 14.30 Uhr der Beginn der Beerdigung des Genossen Günter angesetzt war.**

Auf dieser plumpen Lüge wagt denn auch der Richter im Prozeß gegen Genossen Hubert nicht zu beharren und „korrigierte" den Polizeizeugen Pikus, der sich bei dem Polizeieinsatz gegen 13.30 Uhr auf der Fischerstr. darauf berief.

Der Polizeizeuge Pikus tischte dann die zweite Variante des Verbots auf, die schon aus einem anderen Prozeß bekannt ist, wo ein Genosse schließlich nicht wegen Teilnahme an einer „verbotenen Demonstration", sondern wegen Teilnahme an einem „ungewöhnlichen Trauerzug" verurteilt worden war. Er behauptete nämlich, der Trauerzug auf der Fischerstr. habe eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dargestellt und deshalb hätten die Trauergäste, selbst wenn vorher kein schriftliches Verbot ergangen sei, den polizeilichen Verbotsdurchsagen Folge leisten müssen.

Aber auch diese polizeilichen Durchsagen hat es nie gegeben. Sie hätten auch im Widerspruch zu dem Plan der Polizei gestanden, der Partei eine Falle zu stellen und möglichst viele zusammenzuschlagen oder erkennungsdienstlich zu erfassen. **Ein zweiter Polizeizeuge im Prozeß gegen den Genossen Hubert mußte auf entsprechende Fragen der Verteidigung bestätigen, daß dem so war. Er erklärte, nur eine einzige Durchsage gehört zu haben: „Die Spitze des Zuges bitte weitermarschieren!"**

An dieser Spitze des Zuges marschierten die Angehörigen des Genossen Günter Routhier und die Kranzträger. Die Polizei forderte also diese auf weiterzumarschieren, um den Trauerzug so in „Trauergäste" und „Demonstranten" zu spalten und so zu vermeiden, was dann doch geschah und die Empörung von zig Menschen in Duisburg-Wanheimerort auslöste, daß nämlich die Polizisten nicht nur die „normalen" Trauergäste überfielen, sondern auch die Kranzträger, auf Kränzen und Blumen herumtrampelten.

Nachdem somit auch die zweite Variation der Bourgeoisie über die „verbotene Demonstration" als Lüge entlarvt war, wurde im Prozeß versucht, noch eine dritte Variante zu entwickeln: danach gab es jetzt weder ein schriftliches noch ein mündliches Verbot für den gesamten Zug an der Hultschinerstr./Fischerstr., sondern verboten war lediglich die Spitze des Zuges, nachdem sie nämlich nicht, wie von der Polizei befohlen, weitermarschiert war, sondern sich zum Rest des Zuges zurückgewandt hatte, gegen den die Polizei bereits vorging. Diese dritte Variante ist nicht nur die lächerlichste und zeigt, wie sehr die bürgerliche Klassenjustiz in die Enge getrieben war, sie entlarvt gleichzeitig am deutlichsten die Absicht der Polizei, auf jeden Fall den Zusammenhalt zwischen den Angehörigen des Genossen Günter und den Kranzträgern auf der einen Seite und den anderen Trauergästen auf der anderen Seite zu verhindern, um den faschistischen Charakter des Polizeiüberfalls wenigstens teilweise zu vertuschen.

Einer der Polizeizeugen machte sich zunächst dafür stark, gehört zu haben, wie der Polizist Pikus das Verbot „dieser Demonstration" ausgesprochen habe.

Aber auch diese letzte Variante brach zusammen, als der dritte Polizeizeuge gehört wurde. Bisher nämlich war der Polizist Pikus immer als Einsatzleiter für die Ereignisse an der Hultschinerstr./Fischerstraße aufgetreten, der deshalb auch als Kronzeuge für das Verbot (für was für eine Demonstration auch immer) prädestiniert schien. Dieser letzte Polizeizeuge erklärte nun aber, der Einsatzleiter sei ein Polizist gewesen, der ganz anders ausgesehen habe als der Polizist Pikus. Einen anderen Polizisten als diesen Einsatzleiter mit Megaphon habe es auch nicht gegeben. Wenn nun aber – wie die zweite und dritte Variante für die „verbotene Demonstration" lautet – erst während der Trauerzug schon unterwegs war, sein Verbot notwendig wurde, dann kann es ja wohl nicht von irgendeinem Polizisten, sondern nur von diesem Einsatzleiter, der bisher noch in keinem Prozeß aufgetreten ist, ausgesprochen worden sein.

Nach diesen Aussagen der Polizeizeugen und dadurch, daß zum ersten Mal in einem Prozeß Rotraud Routhier aussagte und sowohl die immer geäußerten Feststellungen der Partei über den Polizeiüberfall zu Beginn des Trauerzuges als auch über den Überfall an der Hultschinerstraße/Fischerstr. bestätigte, blieb dem Gericht nichts anderes mehr übrig, als von der Theorie der „verbotenen Demonstration" abzurücken und den Genossen freizusprechen.

Damit aber hat nicht nur ein Gericht bestätigen müssen, daß wie die KPD/ML von Anfang an festgestellt hat, alle Strafbefehle sowie der gesamte Polizeieinsatz gegen die Trauergäste sogar nach bürgerlichen Gesetzen illegal sind, weil sie nämlich auf einer Lüge der Staatsanwaltschaft Duisburg über ein Demonstrationsverbot, was niemals existiert hat, beruhen. Mit diesem Urteil hat die Bourgeoisie außerdem an einem Punkt praktisch zugegeben, daß dieses Demonstrationsverbot (genauso wie die angebliche „Bewaffnung der Demonstranten") eine Zwecklüge war, die nach faschistischer Manier eingesetzt wurde, um die Falle, die den Trauergästen, Freunden und Genossen der KPD/ML, gestellt worden war, zu vertuschen und den faschistischen, hinterhältigen Polizeiüberfall nachträglich vor den Werktätigen zu „rechtfertigen".

Wenn die Bourgeoisie so hartnäckig an der Lüge über die „verbotene Demonstration" festhält, dann allerdings nicht nur, um diesen Überfall zu „rechtfertigen, sondern um gleichzeitig mit dem Trauerzug seinen Anlaß, die Ermordung eines Mitgliedes der KPD/ML, des Genossen Günter Routhier, wegzulügen. Denn nach wie vor fürchtet die Bourgeoisie die Wahrheit über den Mord an Genossen Günter und über den Polizeiüberfall auf die Trauergäste vor allem deshalb, weil sie bestätigt, daß es so ist, wie die KPD/ML sagt, daß nämlich die „Demokratie" in der Bundesrepublik die brutale Diktatur der Bourgeoisie über die Werktätigen ist, die nur in der bewaffneten Revolution gestürzt werden kann.

Duisburger Staatsanwaltschaft verfügt

Kein Prozess gegen Günters Mörder

Nach der Ermordung unseres Genossen Günter Routhier hatte Frau Routhier Strafanzeige wegen Mordes gestellt. Die Duisburger Staatsanwaltschaft hat jetzt die Einstellung des Ermittlungsverfahrens verfügt. Sie behauptet, der Tod des Genossen Günter stünde in keinem Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgericht. Bei dem Versuch, dieser Behauptung auch nur den Anschein von Glaubwürdigkeit zu verleihen, muß die Staatsanwaltschaft sich allerdings zu Konstruktionen versteigen, die in aller Deutlichkeit dokumentieren, wie die kapitalistische Justiz die Tatsachen verdreht, um zu vertuschen, daß unser Genosse Günter Routhier von der Polizei ermordet wurde.

Gerade die krampfhaften Versuche der bürgerlichen Justiz, den Mord an unserem Genossen zu vertuschen, zeigen ihre Schwäche und ihre Angst vor der Empörung der werktätigen Massen. So wagt es die Duisburger Staatsanwaltschaft auch nicht, grundsätzlich zu leugnen, daß Genosse Günter Routhier im Verlauf des Polizeieinsatzes in die Stuhlreihen des Gerichtssaales geworfen und darauf die Treppe des Gerichtsgebäudes hinuntergestoßen wurde. Aber die Staatsanwaltschaft versucht, durch absurde Konstruktionen zu beweisen, daß es sich hierbei nicht um schwere Mißhandlungen durch die Polizei handelt. In dem Bericht der Ärztin Dr. Elisabeth Gedeon heißt es: „Folgende Traumen (Gewalteinwirkungen von außen – RM) **können als ursächlich für die Hirnblutung Günter Routhiers angesehen werden: 1. Günter Routhier wurde im Gerichtssaal von Polizisten zwischen die Stuhlreihen geworfen."** Diese Tatsache wird nicht nur durch Günters eigene Aussage, sondern durch mehrere andere Zeugenaussagen bewiesen. In der Darstellung der Duisburger Staatsanwaltschaft aber liest es sich so: „Zu Beginn der Auseinandersetzung im Gerichtssaal wurde dieser zwar von KOM Walter durch einen Stoß vor die Brust zur Seite gedrückt, kam hierdurch auf einen Stuhl in der ersten Reihe des Zuhörerraums zu sitzen und kippte mit diesem nach hinten . . ." Mit anderen Worten, jener KOM Walter hat nur sanft dafür gesorgt, daß Genosse Günter „zu sitzen kam" und demnach ist es reine Hetze, wenn die Zeugen behaupten, Günter sei brutal in Stuhlreihen geworfen worden und es ist offensichtlich reine „Undankbarkeit", wenn Genosse Günter kurz vor seinem Tod die „Fürsorge" des KOM Walter zu den schweren Mißhandlungen zählte, die seine tödlichen Verletzungen verursacht haben. Bereits hier wird der ganze Zynismus der bürgerlichen Klassenjustiz deutlich. Das ist der Geist jener KZ-Schergen, die die unter der Folter Zusammengebrochenen „höflich" fragten, ob ihnen nicht gut sei.

Als zweites für die Gehirnblutung des Genossen Günter ursächliches Trauma führt Frau Dr. Gedeon in ihrem Bericht an: **„Im Anschluß daran wurde er von Polizisten die Treppe hinuntergeworfen, wobei er mehrfach mit dem Kopf aufschlug und unten besinnungslos liegenblieb."** Auch diesen Punkt kann die Duisburger Staatsanwaltschaft nicht völlig leugnen. Aber auch hier versucht sie, mit einem geradezu unglaublichen Sinn für Einzelheiten, einen Ablauf des Geschehens zu konstruieren, der die Polizisten nicht nur von jeder Schuld frei spricht, sondern sie sogar als „gescheiterte Lebensretter" Günters hinstellt. In der Einstellungsverfügung der Duisburger Staatsanwaltschaft heißt es: „Routhier wurde im Bereich der Tür vom Treppenhaus zur Gerichtsetage links von PHW Kluten in einen Armhebelgriff und rechts von PM Werner in einen Armdrehgriff genommen. Auf dem Weg über den ersten Treppenabschnitt verspürte er, da er an Gelenkrheuma litt, starke Schmerzen im Schultergelenk, die ihn veranlaßten, dem durch den Polizeigriff verursachten Druck auszuweichen. Die entsprechende Bewegung nach vorn führte zu einer Abwärtsbewegung aller drei Personen.

Weil die Beamten in dem nur etwa 1,20 Meter breiten Treppenhaus nicht neben, sondern seitlich hinter Routhier gehen mußten und rechts ein Treppengeländer fehlt, konnten sie diese Bewegung nicht mehr unter Kontrolle bringen. Während PM Werner den Festgenommenen losließ, stürzten dieser und PHW Kluten die restlichen Stufen hinunter." Die **Duisburger Staatsanwaltschaft muß also zugeben, daß Polizisten Hand an Günter legten, als dieser die Treppe hinunterstürzte.** Sie will uns allerdings glauben machen, daß Günter keineswegs von den Polizisten hinuntergestoßen worden ist. Vielmehr führte nach Ansicht der Duisburger Staatsanwaltschaft eine unglückliche Kombination von Armhebel- und Armdrehgriffen, die Druck verursachten, zu einer Bewegung, die die Polizeibeamten leider nicht mehr unter Kontrolle bringen konnten.

Offensichtlich selbst voller Zweifel über die Überzeugungskraft dieser „Theorie" bietet die Staatsanwaltschaft gleich noch eine zweite Version an, die der ersten in praktisch allen Punkten widerspricht. Während die erste Version sich angeblich auf die Aussage des PHW Kluten stützt, gibt die Duisburger Staatsanwaltschaft folgende Stellungnahme des PM Werner wieder: „Ihm sei auf dem Weg nach oben Routhier im Treppenhaus mit ‚rudernden' Armen entgegengekommen. Er habe einen Angriff vermutet und sei nach rechts ausgewichen. Routhier sei nunmehr links an ihm vorbei die Treppe hinuntergestürzt und habe PHW Kluten bei dessen Versuch, ihn noch aufzuhalten, mit nach unten gerissen." **Im Widerspruch zur Version seines** Komplizen Kluten streitet Werner also ab, den Genossen Günter überhaupt angefaßt zu haben. Die Duisburger Staatsanwaltschaft sieht in diesen Widersprüchen in den Aussagen der Beschuldigten allerdings keinen Anlaß, weitere Nachforschungen anzustellen. So fragt sie sich natürlich auch nicht, warum Genosse Günter nach Werners Version wohl mit den Armen ruderte und dann die Treppe hinunterstürzte. Für die Staatsanwaltschaft steht fest, daß „ . . . auch bei einem derartigen Geschehensablauf ein Verschulden der Beamten nicht vorläge." **Mit anderen Worten: was auch immer passiert sein mag, das Recht ist auf der Seite der Polizei und des imperialistischen Staatsapparates.**

In dem Bericht von Frau Dr. Gedeon heißt es weiter: „3. **Im Einsatzwagen lag G. Routhier auf dem Boden. Während der Fahrt schlug sein Kopf bei jeder Unebenheit erneut auf den Boden des Wagens auf, bis der Rechtsbeistand von Herrn Brenner, der als einziger nicht gefesselt war, seinen Kopf aufnahm und hielt."** Dazu äußert sich die Duisburger Staatsanwaltschaft wie folgt: „Auch im Zusammenhang mit den Vorgängen im Polizeifahrzeug ist ein strafbares Verhalten nicht gegeben. Die Beamten hatten vor der Abfahrt zum Polizeipräsidium keinen Arzt hinzugezogen, obwohl Routhier vor der Fahrzeugtür zusammensackte und auf den Boden des Wagens gelegt werden mußte und obwohl von den anderen Festgenommenen unter Hinweis auf die Blutgerinnungsstörung die Zuziehung eines Arztes gefordert worden war." Die Duisburger Staatsanwaltschaft geht hier also nur auf den Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung ein. Sie versucht die Sache so darzustellen, als ob es die Beamten abgewogen hätten, ob es für den Genossen Günter besser gewesen ist, vor oder nach dem Transport zum Polizeipräsidium einen Arzt hinzuziehen.

Diese Darstellung ist eine absurde Verfälschung der Tatsachen. Der Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung steht in Wirklichkeit nur in zweiter Linie. Worum es hauptsächlich geht, ist, daß die Polizei im Polizeifahrzeug planmäßig die brutalen Mißhandlungen an unserem Genossen Günter fortsetzte, an deren Folgen er starb. Obwohl Genosse Günter, nachdem er im Gerichtssaal in die Stuhlreihen geschleudert und die Treppe des Gerichtsgebäudes hinuntergestoßen worden war, wobei er schwer mit dem Kopf aufschlug, nicht mehr fähig war, den Weg zum Polizeifahrzeug selbständig zu gehen, lag er dann auf dem Boden des Polizeifahrzeuges, so daß sein Kopf bei jeder Unebenheit der Fahrt auf den Boden des Fahrzeugs aufschlug. Das geschah, obwohl alle Festgenommenen auf den lebensgefährlichen Zustand des Genossen Günter hinwiesen. Die Antwort des Wagenführers auf die Forderungen nach einem Arzt: „Ruft dahinten noch jemand nach Prügel?" Für den Rest der Fahrt versuchte der Rechtsbeistand des Genossen Brenner, den Kopf des Genossen Günter hochzuhalten, um ein Aufschlagen des Kopfes auf dem Fahrzeugboden zu verhindern. Diese Tatsachen können von der Duisburger Staatsanwaltschaft nicht bestritten werden. Darüber kann das Ablenkungsmanöver, sich breit über die „unterlassene Hilfeleistung" auszulassen, nicht hinwegtäuschen.

Die von Frau Dr. Gedeon ebenfalls für den Tod des Genossen Günter als ursächlich gewertete Tatsache, daß Günter im Polizeipräsidium an den Füßen die Treppe hochgeschleift wurde, wobei sein Kopf auf die Stufen aufschlug, wird von der Duisburger Staatsanwaltschaft geleugnet. Hier verrät sich die Methode der bürgerlichen Justiz. **Im Gerichtsgebäude, wo es viele Zeugen gibt und wo es für Polizei und Justiz schwierig ist, sicherzustellen, daß nicht neue Zeugen auftauchen, die sie nicht ohne weiteres als „KPD/ML-hörig" hinstellen können, versuchen sie die Tatsachen so hinzudrehen, daß entweder das Schicksal oder gar niemand verantwortlich ist. Im Präsidium, wo die Terrorbande unter sich ist, ist einfach nichts passiert, sind alle Vorwürfe völlig aus der Luft gegriffen.**

Noch im Juni 1974 hieß es in einem Beschluß des Amtsgerichtes Duisburg zur Beschlagnahme des ROTEN MORGEN Nr. 25, die Behauptung, Günter Routhier sei in Duisburg von Polizeibeamten erschlagen worden, stünde „im Widerspruch zu dem gerichtsbekannten Obduktionsbefund". **In der Einstellungsverfügung muß die Duisburger Staatsanwaltschaft allerdings zugeben, daß selbst nach dem von ihr bestellten gerichtsmedizinischen Gutachten ein Zusammenhang zwischen der Gehirnblutung, an der Günter starb, und den „Vorgängen vom 5. 6. 1974" möglich ist.** Natürlich versucht die Staatsanwaltschaft mit allen Mitteln, genau diesen Zusammenhang als völlig unwahrscheinlich hinzustellen.

So wird durch die Einstellungsverfügung der Duisburger Staatsanwaltschaft klar gezeigt, wie sehr die bürgerliche Klassenjustiz die Tatsachen verdrehen und bis zur Unkenntlichkeit entstellen muß, um zu vertuschen, daß Genosse Günter Routhier von der Polizei ermordet wurde. **Aber sie macht auch deutlich, daß es dem Justizapparat durch den Kampf der Partei und der Familie des Ermordeten nicht mehr möglich ist, die Tatsache, daß Günter von der Polizei erschlagen wurde, pauschal zu leugnen.** Sie ist gezwungen, allzu offenkundige Tatsachen durch konkrete Lügenkonstruktionen zu verfälschen.

Der Zynismus aber, mit dem die Duisburger Staatsanwaltschaft die Einstellung des von Frau Rotraud Routhier angestrengten Ermittlungsverfahrens „begründet", wird noch mehr Menschen erkennen lassen, was Genosse Günter Routhier kurz vor seinem Tode erkannte: **„Die Partei hat schon vor einem Jahr immer wieder gesagt: Die Imperialisten haben ihren Staatsapparat und sie werden ihn äußerst gewaltsam gegen die kämpfende Arbeiterklasse und ihre Partei einsetzen, deshalb kann es nur einen Weg geben: Revolution, gewaltsame Zerschlagung des Staatsapparates. Ich hatte bisher Illusionen in diesen Staat. Ich habe versucht, mit der Polizei zu diskutieren, ich habe gedacht, das sind auch Menschen. Heute sehe ich, daß die Partei recht hat."**

VORWÄRTS

MIT DER KPD/ML!

Sozialimperialisten in Nordeuropa

Grösste Marinebasis

Die sowjetischen Zeitungen haben in den letzten Wochen ihr Propagandageschrei für „Entspannung" in Nordeuropa erneut angekurbelt und den schon bekannten Vorschlag einer „atomwaffenfreien Zone" in Nordeuropa wieder auf den Tisch gebracht. Während sie so Friedensillusionen schüren, gibt die sowjetische Halbinsel Kola ein Bild von den tatsächlichen Plänen der sowjetischen Sozialimperialisten in Nordeuropa: Dort bauen sie die größte Kriegsmarinebasis der Welt.

Schwedischen Presseberichten zufolge sind auf der Halbinsel Kola allein 160 U-Boote um den eisfreien Hafen Murmansk konzentriert. Für die Luftwaffe der sowjetischen Sozialimperialisten wurden dort 20 Rollbahnen und unterirdische Anlagen gebaut. Dazu sind dort sieben Infanterie- und Panzerdivisionen stationiert mit Amphibienfahrzeugen und Luftlandebrigaden. Über 500 Schiffe und alles in allem rund 100 000 Soldaten der sozialimperialistischen Kriegsarmee bedrohen von dieser Halbinsel aus Nordeuropa.

Diese Tatsachen entlarven den Friedenslärm der sowjetischen Sozialimperialisten als einen Versuch, das eigene Waffengerassel zu übertönen und zu verdecken. Doch die verlogenen „Friedensparolen" können die immer größer werdende Unruhe in den Ländern Westeuropas und Nordeuropas über die Waffenkonzentration der Sowjetunion an den Grenzen Europas nicht besänftigen.

In einer Erklärung der marxistisch-leninistischen Parteien Nordeuropas heißt es zu den „Friedenslügen" der sowjetischen Sozialimperialisten: **„Die sowjetischen Sozialimperialisten haben die sogenannte ‚Europäische Sicherheitskonferenz' vorgeschlagen, um ihre imperialistischen Ambitionen zu verbergen, die Völker in dem falschen Gefühl der Sicherheit zu wiegen und ein Forum für ihre Einmischung in die Angelegenheiten Westeuropas zu haben. Während diese Konferenz noch tagt, verstärken sie ihre Truppen in Osteuropa, verbessern sie ihre Waffen und militärischen Ausrüstungen, bauen sie die größte Marinebasis der Welt auf der Halbinsel Kola weiter aus und verstärken ihre Positionen im Nordatlantik, in der Norwegischen See und in der Barentssee."**

Die unerhörte Aufrüstung der sowjetischen Sozialimperialisten ist Ausdruck der ständig wachsenden Rivalität beider Supermächte um die Vorherrschaft in Europa, um die Neuaufteilung der Welt unter sich. Entgegen den Propagandalügen der sowjetischen Sozialimperialisten bestätigt die Wirklichkeit, daß sich beide Supermächte auf einen neuen imperialistischen Weltkrieg vorbereiten. Dieser drohenden Gefahr werden die Völker Europas wie die Völker der Welt nur wirksam begegnen, wenn sie sich zusammenschließen gegen die Bestrebungen beider Supermächte, ihre Pläne aufdekken und bekämpfen, wenn sie durch die Revolution in ihren Ländern dem imperialistischen Weltkrieg zuvorkommen.

Moskau verschärft Ausplünderung der DDR

150% höherer Ölpreis

Um den immer größer werdenden Schwierigkeiten der sowjetischen Wirtschaft zu begegnen, haben die sowjetischen Sozialimperialisten die Ausplünderung ihrer Vasallenländer in Osteuropa noch verstärkt. Sie kündigten ihnen eine Erhöhung der Erdölpreise an: Die Preise sollen mehr als verdoppelt werden. Bei den Verhandlungen hatten die Kremlzaren zuerst sogar verlangt, die neuen Preise sollten rückwirkend vom 1. 1. 1974 gelten. Doch sahen sich selbst die engsten Vasallen Moskaus außerstande, das zu zahlen. Die DDR mußte nun als erstes RGW-Land im Rahmen des neuen Abkommens über den Warenaustausch die neuen Preise der Kremlzaren unterschreiben.

Im „Neuen Deutschland", dem Zentralorgan der „S"ED liest sich das allerdings anders. Lediglich mit einem Satz wird erwähnt: „Mit dem Ziel der weiteren Entwicklung des Warenaustausches wurde gleichzeitig ein Protokoll zu Fragen der Preiskorrektur für gegenseitige Warenlieferungen signiert." Aus einer Preiserhöhung bei Erdöl von über 150% „Preiskorrektur" zu machen – das ist allerdings Demagogie von willfährigen Sklaven, deren Ziel es ist, die Politik der Ausplünderung und Unterdrückung durch die sowjetischen Sozialimperialisten zu verschleiern.

Tatsächlich geht es nicht um eine „Korrektur" von Preisen, sondern darum, daß die sowjetischen Sozialimperialisten die Ausplünderung der DDR verschärfen und ihre Profite erhöhen. Während sie ihr Öl günstig in die westlichen kapitalistischen Länder liefern, um dort sich auf diese Weise politischen Einfluß zu verschaffen und diese Länder an sich zu ketten, haben die revisionistischen Länder Osteuropas ständig höhere Rohstoffpreise an die Kremlherren zu zahlen.

Aber die Länder des RGW haben nicht nur höhere Preise an die Kremlzaren zu entrichten, sondern zugleich werden ihnen die Mengen rationiert. Offiziellen DDR-Angaben zufolge wurde die Lieferung sowjetischer Rohstoffsorten im Jahr 1973 von 25 auf 19 gesenkt. Außerdem wurde die Menge der gelieferten Waren vermindert. Im Vergleich zu 1971 sind die Kokslieferungen um 20% verringert worden, die Lieferung von Eisenrückständen um 30%, von Wolle um 93%, von Weizen um 34%.

Neben Preiserhöhungen, Verminderung der Rohstofflieferungen haben die sowjetischen Sozialimperialisten ihren Satellitenländern eine weitere Last aufgebürdet: Sie müssen sich vertraglich verpflichten noch mehr als bisher die Erschließung von Rohstoffvorkommen in der Sowjetunion zu finanzieren. Milliarden Mark, Kronen, Zlloty, Forinthen usw. haben die RGW-Länder bei der Errichtung von Industriekomplexen in Kursk, Archangelsk, Ust Ilim usw. investiert. Aber wem ist das zugute gekommen?

Beispiel dafür ist die Ölpipeline „Drushba", die als Ergebnis brüderlicher Zusammenarbeit" gepriesen wird. Zwar führt die Pipeline durch die RGW-Länder, das meiste Öl jedoch fließt vorbei und weiter nach Westeuropa in die Bundesrepublik, nach Italien und Österreich. So müssen die RGW-Länder den Kremlherren die Profite im Rohstoffgeschäft mit den westeuropäischen Ländern finanzieren, haben selbst aber immer größere Schwierigkeiten mit den Rohstoffpreisen und dem Rohstoffmangel.

Die Wirtschaft der revisionistischen Länder Osteuropas ist von den sowjetischen Brenn- und Rohstoffen abhängig. Da die sowjetischen Sozialimperialisten die Schlüssel zu Erdöl- und Gasquellen besitzen, können sie je nach Bedarf ständig ihren Druck auf diese Länder erhöhen. Heute haben sie die Wirtschaft dieser Länder bereits in ein bloßes Anhängsel der sowjetischen Wirtschaft gemacht, sie diktieren was, wieviel und wie teuer produziert wird.

Doch diese immer dreistere Ausplünderung der RGW-Länder durch die neuen Zaren im Kreml ist zugleich nur möglich durch Leute wie Honecker und Konsorten, der neuen revisionistischen Bourgeoisie in den RGW-Ländern, die sich zu willfährigen Dienern der neuen Zaren gemacht haben und mit ihrer Unterstützung das Volk unterdrücken und ausplündern. Seit Wochen bereits führt die Revisionistenclique in der DDR eine breite Kampagne, um die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse in der DDR ideologisch den Boden zu bereiten. Das „Neue Deutschland" spricht von einer „durch die Verteuerung und Verknappung der Rohstoffe hervorgerufene Notwendigkeit, einen übermäßigen Leistungszuwachs zu erzielen." „S"ED-Funktionäre im Werkzeugmaschinenbau verkündeten bereits, daß durch Rationalisierung 2,9 Millionen Arbeitsstunden eingespart werden sollen. Im Klartext: Noch mehr schuften für die Neuen Zaren im Kreml.

All das zeigt, daß sich hinter dem revisionistischen Gerede von den „brüderlichen Beziehungen" zwischen der Sowjetunion und den RGW-Ländern ein sozialimperialistisches System zur Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrükkung steckt, daß die sowjetischen Sozialimperialisten keine „Wohltäter" dieser Völker, sondern ihre schlimmsten Feinde sind.

Gruppe Rote Fahne Dortmund

Wer anderen eine Grube gräbt...

Die Gruppe Rote Fahne entlarvt ihren Spitzenkandidaten in Rheinland-Pfalz als „Linksfaschisten" und „möglichen Agenten des Verfassungsschutzes".

Da die Führer der GRF bei ihren Mitgliedern immer größere Schwierigkeiten haben, ihre trotzkistischen Angriffe gegen die kommunistische Weltbewegung (bereits bei ihrer Gründung verleumdeten sie die Politik der KOMINTERN als „revisionistisch) und ihr systematisches Versöhnlertum gegenüber dem modernen Revisionismus als konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus auszugeben, suchten und fanden sie einen Ausweg. Sie sagten sich, wenn wir alte Genossen, die eine Zeitlang bei der Vorbereitung der KPD/ML-Gründung mitwirkten oder längst ausgeschlossene KPD/ML-Mitglieder als Kronzeugen gegen die KPD/ML auffahren, dann können wir den Eindruck erwecken, daß fast alle, die früher den modernen Revisionismus bekämpften, heute bei uns sind, und über deren Vergangenheit können wir doch noch in den Mantel einer antirevisionistischen und proletarischen Tradition schlüpfen. Gesagt, getan!

Als ersten „alten Kämpfer" präsentierte die GRF Konstantin Haluschka. „Kleinere" Korrekturen seines Lebenslaufes, wie zu verschweigen, daß Haluschka Gründungsmitglied der D„K"P (!) ist, waren dazu natürlich erforderlich. Aus Haluschkas Lügenmärchen und ihren bewährten Verleumdungen der KPD/ML bastelten sie eine Greuelgeschichte über die Führung der KPD/ML, die sie als „persönliche Erklärung" von Haluschka groß in ihrer „Roten Fahne" herausbrachten. Nachdem der ROTE MORGEN den Lebenslauf von Haluschka, seine üblen Machenschaften einschließlich seines berüchtigten Lebenswandels aufdeckte (RM 46/1974), sahen die GRF-Führer allerdings ein, daß es günstiger ist, diesen Star schnellstens wieder aus dem Rampenlicht zu ziehen.

Doch die GRF fand bald Ersatz, Emil Ludwig. Sein glorifizierter Lebenslauf, seine „Enthüllungen" über die KPD/ML, seine Hetze gegen den Vorsitzenden, Genossen Ernst Aust, schmückten mehrere „Rote Fahnen". Emil war der umjubelte Held auf der Großveranstaltung zum Parteitag der GRF. Aber die GRF-Führung hatte hier erneut Pech. **Denn als Kronzeuge für das angebliche „Sektierertum" der KPD/ML und die ach so großartigen Erfolge der GRF bei der Führung von Massenkämpfen scheidet Emil Ludwig wohl aus, seit er die früher so hoch bejubelte „proletarische Kampfpartei" GRF als Intellektuellenverein bezeichnet, dafür aber jetzt der „RAF" die richtige Massenlinie bescheinigt, wie in seinem – auch als Broschüre erschienenen – Referat vom 15. 1. 75 in Mannheim.**

Doch auch dieser Rückschlag konnte die Führer der GRF nicht entmutigen. Auf ihrer Suche nach einem neuen „Marxisten-Leninisten der ersten Stunde", der die großartigen Erfolge der GRF bejubelt, der KPD/ML „Sektierertum" vorwirft und den Genossen Ernst Aust als „Karrieristen" bezeichnet, erzielten sie erneut einen Volltreffer, den sie zum Dank für seine „Enthüllungen" zu ihrem Spitzenkandidaten bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz erkoren. So schreibt denn Werner Heuzeroth nach bewährtem Muster in der „Roten Fahne":

„Im Jahre 1968, genauer gesagt am 27. April, fanden in meinem Haus die ersten Zusammenkünfte mit verschiedenen westdeutschen kommunistischen Gruppen statt. (W. Heuzeroth nahm als Vertreter der FSP/ML daran teil, RM). Bereits zu dieser Zeit hatte sich Ernst Aust, der heutige Vertreter der KPD/ML-Roter Morgen, als das gezeigt, was er in Wirklichkeit ist, nämlich ein Karrierist. Alles, was ihn kritisiert, wird kaltgestellt. Im Frühjahr gründeten wir dann den Kreisverband der KPD/ML Siegen/Olpe. Für mich als Arbeiter kommt jedoch nur eine wirklich revolutionäre Partei in Frage, die sich konsequent für die Belange der Arbeiterklasse einsetzt. Da ich diese Voraussetzungen nur von der KPD vertreten sehe, darum stelle ich mich für diese Partei als Kandidat zur Verfügung." (Rote Fahne 3/75).

...fällt selbst hinein!

Wie man sieht, hat Werner Heuzeroth die ihm zugedachte Aufgabe erfüllt. Trotzdem hat die Sache einen Haken. Den GRF-Führern ist entgangen, daß sie die FSP/ML, deren Gründer und Vorsitzender Werner Heuzeroth war, schon einmal als Beweis für die angeblich „trübe Geschichte der KPD/ML-Gründung" anführten, wenn auch in einer ganz anderen Version. Um diese kleine Gedächtnislücke zu beseitigen, zitieren wir aus einem Artikel der „Roten Fahne", der im übrigen noch weit gröbere Verleumdungen und Fälschungen über Genossen Ernst Aust enthält.

„Das vollständige Fehlen einer Selbstkritik der Aust-Clique, wie auch die trübe Geschichte der KPD/ML-Gründung selbst zerstreut hier die letzten Zweifel. Nach dem Verbot der KPD hatten sich innerhalb der Partei mehrere fraktionelle Gruppierungen gegründet, so die MLPD (Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands) und die FSP/ML (Freie Sozialistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten), die für die bewußten Kommunisten innerhalb der illegalisierten KPD zugleich die Hoffnung einer revolutionären Parteigründung wie auch den Schrekken einer möglichen Organisation des Verfassungsschutzes darstellten. Tatsächlich waren diese Gruppierungen weder eindeutig als das eine noch als das andere zu identifizieren. Für eine Agentenorganisation sprach die eindeutige Stellungnahme beider Gruppierungen zur Frage der Ostgebiete, die sie als zum westdeutschen Spalterstaat gehörig zurückforderten. (. . .) Umso ekelhafter und verabscheuungswürdiger sind die Manöver des späteren KPD/ML-Gründers Aust, der sich mit diesen linksfaschistischen Kräften verband, weil er in ihnen einen Block für eine mögliche Parteigründung witterte." Soweit die „Rote Fahne" 74/75 vom 20. 12. 1972.

Wenn man der „Roten Fahne" glauben könnte, dann wäre der ehemalige Gründer und Vorsitzende einer linksfaschistischen und möglichen Agentenorganisation des Verfassungsschutzes heute ihr Spitzenkandidat für eine Landtagswahl und ob sich Genosse Ernst Aust nun mit diesen „Linksfaschisten" verband oder diese großartigen Altkommunisten „kaltstellte" – was interessiert die „Rote Fahne" dieser Widerspruch, sie hat Genossen Ernst Aust gleich zweimal „entlarvt".

Aber der „Roten Fahne" kann man kein Wort glauben, weder damals noch heute. Tatsache ist, daß Genosse Ernst Aust niemals Kontakt mit der von Agenten und Wirrköpfen gegründeten „MLPD" hatte. Die FSP/ML aber, und hier muß man Werner Heuzeroth vor den Fälschungen in der „Roten Fahne" vom 20. Dezember 1972 in Schutz nehmen, war weder linksfaschistisch noch eine Organisation des Verfassungsschutzes, auch wenn aus ihr der berüchtigte Günther Ackermann stammt, der erst 1971 aus der KPD/ML verjagt und als revisionistischer Agent entlarvt wurde. In der FSP/ML waren hauptsächlich Revolutionäre organisiert, auch wenn einige, besonders Werner Heuzeroth, viele kleinbürgerliche und unmarxistische Vorstellungen hatten. Es war völlig richtig, daß Genosse Ernst Aust mit dieser Gruppe Kontakt aufnahm, um die Genossen für den Kommunismus zu gewinnen. Da Werner Heuzeroth vor allem seine menschewistischen und legalistischen Vorstellungen vom Parteiaufbau nicht aufgab, gründete er einen sogenannten „Kreisverband Siegen/Olpe der KPD/ML" (Zentralorgan: Die Wahrheit) entsprechend seinen eigenen Vorstellungen. Der ROTE MORGEN stellte bereits 1969 klar, daß dieser Kreisverband nichts mit der KPD/ML zu tun hat. Spätere Versuche, Werner Heuzeroth von den Prinzipien einer bolschewistischen Partei zu überzeugen, scheiterten auch deshalb, weil er immer von der Vorstellung ausging, ein hervorragender führender Kommunist zu sein, ganz so, wie ihn die „Rote Fahne" Nr. 3/75 jetzt herausgeputzt hat. Werner Heuzeroth sollte sich selbst einmal fragen, auf wen der von ihm erhobene Vorwurf des Karrierismus wohl zutrifft, wenn er ohne weiteres bereit ist, heute Loblieder auf eine Organisation zu singen, die ihn noch vor kurzem als Linksfaschisten diffamierte und als Agenten des Verfassungsschutzes verdächtigte.

Wichtiger aber ist, daß uns die Führer der GRF unfreiwillig einmal selbst ihr Rezept aufgedeckt haben, mit dem sie ständig den Vorsitzenden unserer Partei und die gesamte KPD/ML verleumden. Die Geschichte wird nach Belieben gefälscht und verdreht, Hauptsache man kann die KPD/ML „entlarven". Da die GRF-Führer in dem Wust von Lügen, die sie pausenlos verbreiten, sich allerdings schon selbst verstricken, wird der Stein, den sie erhoben haben, umso schneller auf ihre eigenen Füße fallen.

Rundreise soll Wogen der Empörung glätten

Mit einer Blitzrundreise durch den Nahen Osten versuchte der sowjetische Außenminister Gromyko die Wogen der Empörung über die antiarabische Politik der sowjetischen Sozialimperialisten zu glätten und das gesunkene Ansehen der Kremlherren im Nahen Osten wieder aufzubügeln. Doch was für Manöver die sowjetischen Sozialimperialisten auch durchführen, ihre Haltung gegenüber den arabischen Völkern war und bleibt unverkennbar die imperialistische Haltung einer Supermacht.

Keine Gelegenheit ließ sich Gromyko entgehen, um die sogenannte sowjetische „Unterstützung" für die arabischen Völker zu erwähnen. Er sprach von „Freundschaft", von einer „klaren" und „prinzipienfesten" Haltung der Sowjetunion und anderen altbekannten, abgedroschenen Phrasen.

Doch was die „Freunschaft" und Haltung der Sowjetunion gegenüber den arabischen Völkern anbelangt, so ging vor kurzem erst wieder Präsident Sadat sehr deutlich darauf ein. Er erklärte, die ägyptische Armee habe seit 14 Monaten schon keine einzige sowjetische Waffe und Ausrüstung erhalten. Die Sowjetunion habe keine Verlängerung der Frist für die Schulden von Seiten Ägyptens angenommen und sie habe Bedingungen als Gegenleistungen für Waffenlieferungen gestellt, die die Freiheit und Unabhängigkeit des ägyptischen Volkes antasten.

Eine der wichtigsten Forderungen der sowjetischen Sozialimperialisten ist die Einberufung der „Genfer Nahostkonferenz". Mit Nachdruck propagierte Gromyko auf seiner Rundreise erneut diese Konferenz als den Weg für die arabischen Länder, zu einer „friedlichen Lösung" zu kommen. Auch dieser Vorschlag beruht auf den Supermachtsinteressen der Sowjetunion. Er bezweckt nicht etwa eine wirkliche Lösung des Nahostkonfliktes, sondern die Beibehaltung des Zustands „Weder Krieg noch Frieden", das Begraben der gerechten arabischen Sache. **Mit der Genfer Nahostkonferenz verfolgt die Sowjetunion das Ziel, als internationaler Schiedsrichter anerkannt zu werden, verlangt sie das Zugeständnis, sich ebenso einmischen und die Situation beeinflussen zu können wie die andere Supermacht, die USA. Wenn Moskau die amerikanische Politik der zweiseitigen Teillösungen im Nahen Osten mit scharfen Worten verurteilt, so tut sie das nicht, weil sie etwa gegen solche Lösungen ist, sondern weil diese einseitig durch die US-Imperialisten beeinflußt werden und die Kremlherren dabei vor der Tür bleiben.** Deshalb auch versuchte Gromyko auf seiner Rundreise die amerikanischen Vorschläge zu kritisieren zugunsten seiner Genfer Nahostkonferenz, um damit dem Einfluß des US-Imperialismus zu schaden, den eigenen jedoch zu stärken.

Weder die US-Imperialisten noch die sowjetischen Sozialimperialisten sorgen sich in Wahrheit um das Schicksal und die Interessen der arabischen Völker, sondern die „Sorge" beider Supermächte gilt dem arabischen Öl und der strategischen Lage der arabischen Länder, wobei beide Supermächte heftig um ihren Einfluß rivalisieren, einer den anderen auszustechen versucht. Weder die eine noch die andere Supermacht ist jemals für eine gerechte Lösung des Nahostkonflikts eingetreten – im Gegenteil: sie möchten den Konflikt möglichst lange schwelen lassen und von Zeit zu Zeit schüren, um ihn auszunutzen, in die arabischen Länder einzudringen und sich dort breitzumachen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Erklärung des Genossen Kazimierz Mijal ,Vorsitzender der illegalen KP Polens

Im Folgenden veröffentlichen wir einen Ausschnitt aus einer Erklärung des Vorsitzenden der illegalen KP Polens, Kazimierz Mijal, die Radio Tirana sendete, als eine Delegation der KP Polens anläßlich des 30. Jahrestages der Befreiung Albaniens in Tirana weilte.

Die illegale KP Polens wurde vor über 9 Jahren im Kampf gegen die revisionistische Entartung der „K"P Polens sowie des polnischen Staates in eine Diktatur der neuen revisionistischen Bourgeoisie gegründet. Trotz des Terrors der Revisionisten schreitet die Partei unaufhaltsam auf dem Weg der Revolution voran, sie ist der Mittelpunkt aller revolutionären Kämpfer Polens.

„Zuerst möchte ich die Aufmerksamkeit darauf richten, daß die Propaganda der Bourgeoisie und ihrer revisionistischen Agenten sich verstärkt bemüht, Polen als sozialistisches Land auszugeben, wo angeblich der Sozialismus aufgebaut wird.

Die Revisionisten brauchen diese Propaganda, um die polnischen Arbeiter zu täuschen, um sie in Passivität und damit unter ihrer Herrschaft zu halten. Andererseits braucht auch die internationale Bourgeoisie diese Propaganda, um die Arbeiter ihrer Länder hinters Licht zu führen. Die Bourgeoisie sagt ihnen: Schaut her, der Sozialismus ist überhaupt nichts wert, denn z. B. in Polen lassen die wirtschaftliche Entwicklung und die Versorgung des Volkes viel zu wünschen übrig. Die Menschen dort leiden an Warenmangel, wie wir ihn im Westen nirgends finden. Und darüber hinaus sagen sie, erbittet die polnische Regierung die Hilfe der imperialistischen Staaten.

Doch die Wahrheit ist, daß sich in Polen unter dem Deckmantel des Sozialismus der Kapitalismus entwickelt. Die Herrschaft der Bourgeoisie verstärkt sich. Die Macht wurde der polnischen Arbeiterklasse in Wirklichkeit entrissen. Sie ist heute nicht mehr als eine Klasse von Sklaven, deren Arbeit schlecht entlohnt wird. Sie werden ausgebeutet von der einheimischen Bourgeoisie und von der internationalen Bourgeoisie. Die bürgerliche Ideologie ist in Polen zur herrschenden Ideologie geworden und sie bestimmt die Richtung der Innen- und Außenpolitik. Die Staatsmacht unter Führung der Verräter am Kommunismus erfüllt alle Funktionen der bürgerlichen Diktatur. Sie verstärkt den Kapitalismus und verteidigt die Interessen der dunkelsten Schichten der polnischen Gesellschaft. Die Wende in der Entwicklung Polens von einem sozialistischen zu einem kapitalistischen Land, eine Wende, die stattfand im Verlauf des ‚polnischen Oktober', hat einen reaktionären Charakter.

Obwohl die Revisionisten die Macht in Polen an sich gerissen haben, sind sie doch zu schwach, um offen zu agieren. Um die Dienste, die sie der Bourgeoisie erweisen, zu vertuschen, bemühen sie sich, die Rolle von Hampelmännern zu spielen, indem sie vorgeben, die Interessen des Marxismus-Leninismus zu verteidigen. Sie reden von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und sprechen zugleich von der Notwendigkeit, den Kampf gegen den Imperialismus zu führen. Aber natürlich handeln sie nicht so, wie sie reden.

Die Verschleierung der Propaganda der Verräter am Kommunismus ist ungeheuerlich. Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Partei Polens, die bürgerliche Politik der Gierek-Clique unerbittlich zu entlarven, ebenso wie wir es bei der Gomulka-Clique getan haben. Zum anderen haben wir das Ziel, die Avantgarde der Arbeiterklasse und die Revolutionäre unter der armen und ausgebeuteten Bauernschaft, die fortschrittliche Intelligenz und die studentische Jugend politisch zu organisieren für den endgültigen Sturz der revisionistischen Diktatur der Bourgeoisie, damit die Arbeiterklasse alle politische Macht in Polen übernimmt. Was die verschiedenen Kampfformen der werktätigen Massen gegen die Herrschaft der revisionistischen Bourgeoisie betrifft, so sind sie vielfältig, legal und illegal, sie haben ihre wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wurzeln: sie entspringen revolutionären und patriotischen Motiven, sie können die Form der politischen Satire annehmen, sie spiegeln die verschiedenen Formen des Widerstandes und der Unzufriedenheit wider.

Es ist notwendig, hier an die verschiedenen kleinen Streiks und die großen solidarischen Streiks zu erinnern, an die Demonstrationen der Studenten wie im März 1968 und an die revolutionären Aktionen des Proletariats vor den Ereignissen von 1970, wo das Blut der Arbeiter geflossen ist. Die Ereignisse vom Dezember 1970 haben eine große Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Revolution in Polen. Gomulka wurde gestürzt, doch Gierek schlummert nicht friedlich. Er bewaffnet neue Polizeitruppen und baut Gefängnisse für die Arbeiterklasse. Während welcher Zeit wurden die Hafenarbeiter mit Bajonetten massakriert? Während welcher Zeit wurde das Büro des Komitees der revisionistischen Partei in Gdansk und Sczezin angezündet? Das alles ist von großer Wichtigkeit für die Revolution.



Zentralorgan der illegalen KP Polens

Die Ereignisse des Dezember haben die Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse gefestigt. Sie haben den Graben des Hasses zwischen dem Proletariat und den revisionistischen Agenten der Bourgeoisie vertieft, den Beginn einer großen Schlacht bezeichnet, die vom endgültigen Sieg der Arbeiterklasse gekrönt sein wird." (...)

Aus aller Welt

GRIECHENLAND

Die empörte Bevölkerung der Insel Korfu hat ein Kriegsschiff der 6. Flotte der US-Armee gezwungen, den Hafen zu verlassen. Als das Schiff vor Anker ging, marschierten mehrere tausend Demonstranten zum Hafen und riefen: „Yankees nach Hause!" und „Amis raus aus Griechenland!" Gleichzeitig griffen die empörten Massen einen Wagen an, in dem sie zwei Offiziere der amerikanischen Imperialisten entdeckt hatten und zwangen sie, zum Schiff zurückzukehren. In einer Botschaft an die griechische Regierung verlangten die Demonstranten die Beendigung aller „Freundschaftsbesuche" der amerikanischen Imperialisten und die Auflösung der US-Militärstützpunkte in Griechenland.

PORTUGAL

Angesichts der wachsenden Empörung des Volkes über die US-Imperialisten und die NATO, die gerade Manöver vor Portugals Küsten abhalten, stellen sich die modernen Revisionisten Portugals schützend vor die amerikanischen Imperialisten. Sie riefen nämlich dazu auf, keine Demonstrationen gegen die NATO-Manöver durchzuführen, „um gefährliche Konfrontationen zu vermeiden."

THAILAND

In der ersten Januarwoche streikten mehrere tausend Arbeiter verschiedener Industriezweige für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die 2 000 Arbeiter einiger Textilfabriken besetzten die Fabrikgebäude und stellten Streikposten auf, um sich gegen Angriffe der Polizei und von Streikbrechern zu wappnen. Die Arbeiter erhielten auch Unterstützung aus anderen Volksschichten. Studenten verschiedener Bangkoker Universitäten schickten Vertreter zu den streikenden Arbeitern, um sie in ihrem Kampf zu unterstützen.

INDIEN

Die indische Arbeiterklasse kämpft weiter gegen die kapitalistische Ausbeutung, den Hunger und das Elend. Nach den großen Streiks der Eisenbahnarbeiter und der Hafenarbeiter sind nun 250 000 Jutearbeiter in Westbengalen in den Streik getreten. Die Arbeiter fordern höhere Löhne, einen Bonus und eine Teuerungszulage. Sie kämpfen außerdem für die Lieferung von billigen Nahrungsmitteln an die arme Landbevölkerung in den Dörfern. Durch den Streik sind bereits 61 von 62 Jutespinnereien lahmgelegt. Die reaktionäre indische Regierung hat gegen die kämpfenden Arbeiter Polizei eingesetzt.

FINNLAND

Den ganzen Januar über streikten Tausende von Arbeitern verschiedener Industriezweige in Finnland und forderten höhere Löhne, um den Lohnverlust durch die Preissteigerungen auszugleichen. Mehrere tausend Metallarbeiter in Turku, Tampere und Lahti legten am 17. Januar die Arbeit nieder und kämpften für höhere Löhne und für die Aufhebung des Tarifvertrages, der den Interessen der Arbeiter genau entgegengesetzt ist. Zur gleichen Zeit streikten 1 500 Maschinenarbeiter in Tampere und 3 500 Arbeiter in Zentralfinnland und hielten Demonstrationen und Versammlungen ab.

Die Arbeiter kämpfen vor allem gegen die Senkung ihrer Reallöhne durch die Preissteigerungen der Güter des täglichen Bedarfs. In Finnland sind vor allem die Preise für Benzin in die Höhe geschossen, weil die sowjetischen Sozialimperialisten, von denen Finnland 75% seines Rohöls, Erdgases, der Elektrizität und der Kohle bezieht, den Preis für Rohöl so in die Höhe getrieben haben, daß er weit über dem der arabischen Länder liegt.

Kambodscha

Ufer des Mekong in der Hand des Volkes

Die Volksbefreiungsstreitkräfte Kambodschas setzen ihren siegreichen Vormarsch fort, um die verhaßte Verräterclique um Lon Nol zu vernichten und die amerikanischen Imperialisten aus dem Land zu jagen. Durch die Offensive der Volksstreitkräfte wird die Lon Nol-Clique bald völlig von den Nachschubwegen zu Lande und zu Wasser abgeschnitten sein, über die sie von ihrem Oberherrn, dem USA-Imperialismus, bisher noch mit Waffen und Nahrungsmitteln versorgt werden konnte.

Immer wieder benutzten die amerikanischen Imperialisten vor allem den Mekong, um den Nachschub für ihre Aggressionen und Verbrechen am kambodschanischen Volk herbeizuschaffen. Jetzt, nach einer **Woche harten Kampfes sind die Ufer des Mekong auf einer Länge von 70 km von der vietnamesischen Grenze an fest in der Hand des Volkes.**

Am 20. Januar befreiten die Streitkräfte des Volkes den Stützpunkt Ka Am Samnar, direkt an der vietnamesischen Grenze. Um diesen Stützpunkt wieder in ihre Hand zu bekommen und die Aggressionen gegen das kambodschanische Volk fortsetzen zu können, befahlen die amerikanischen Imperialisten dem Faschisten Thieu, ihrer Marionette, die Dörfer dieses Gebiets zu bombardieren. **Die von den Bomben ermordeten Menschen, die zerstörten Häuser und verwüsteten Felder zeigen erneut die ganze Grausamkeit der amerikanischen Aggressoren und ihrer Lakaien gegen das Volk.** Das ganze kambodschanische Volk, die Kämpfer der Armee, die Menschen in den befreiten Gebieten und in den Städten, die noch von der Lon Nol Clique kontrolliert werden, kämpfen, um die Verräter vollständig zu vernichten und die USA-Imperialisten aus dem Land zu jagen. **„Nicht kämpfen, heißt sterben", erklärte ein Arbeiter in Phnom Penh, „man muß bis zum endgültigen Sieg kämpfen."**

Das Sperrfeuer der Volksstreitkräfte, das den feindlichen Schiffen auf dem Mekong den Weg versperrt, in dem sie untergehen oder voller Panik die Flucht ergreifen, zeigt, daß die Verräterclique in Phnom Penh unweigerlich in der nahen Zukunft von den Volksstreitkräften und dem Volk vernichtet werden wird und die amerikanischen Imperialisten aus dem Land gejagt sein werden.



Soldaten der kambodschanischen Volksstreitkräfte, die den US-Imperialisten und der Lon Nol-Clique eine Niederlage nach der anderen bereiten

Spendet zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

RADIO PEKING

im Winter	43,7; 42,8 und 38.5 Meter
im Sommer	26,2 Meter
jeweils	19.00 – 20.00 und 21.00 – 22.00 Uhr



32 Meter entspricht 9,26 MHz; 41 Meter entspricht 7,23 MHz; 50 Meter entspricht 5,95 MHz; 215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

Pharmazeutische Industrie

Giftmischerei für den Profit der Chemiekapitalisten

Wer heute in eine Apotheke geht und sich Medikamente gegen bestimmte Krankheiten verschreiben läßt, der sieht sich zwar einem ständig wachsenden „Angebot" von Tabletten, Säften usw. gegenüber. Aber die Gewißheit, daß die Medikamente neben der Krankheit, die sie heilen sollen, nicht neue Krankheiten hervorrufen, daß sie tatsächlich mehr nützen als schaden, wächst damit keineswegs. Besonders seit dem entsetzlichen Leid, daß durch das Schlafmittel Contergan entstanden ist, die Hunderte von Kindern zu Krüppeln werden ließ, weil die Kapitalisten für ihren Profit buchstäblich über Leichen gingen, ist das Mißtrauen der Werktätigen gegen die Medikamente und der Haß auf die Chemiekapitalisten gewachsen.

Dieser Haß ist vollauf berechtigt. Die Erfahrungen eines Kollegen, der jahrelang im Labor eines Pharmaziekapitalisten gearbeitet hat, zeigen, daß Contergan nur die Spitze vom Eisberg ist, daß alles, was die Pharmaziekapitalisten, die angeblich nichts im Auge haben als unsere Gesundheit, unternehmen, einzig und allein von ihrem Streben nach Maximalprofit bestimmt ist.

Daß die verheerenden Wirkungen von Contergan ans Licht der Öffentlichkeit kamen, liegt nicht vor allem daran, daß es viel schlechter war als andere Mittel sondern vor allem daran, daß so viele Contergan-Mittel verkauft und geschluckt wurden, daß die Statistik dieses Mittel als Ursache für die Verkrüppelung von Kindern auswies. **Es gibt ein anderes Schlafmittel, Doriden, das Contergan in seiner chemischen Zusammensetzung außerordentlich ähnlich ist. Doriden, bei dem also mindestens mit ähnlich schrecklichen Folgen wie bei Contergan gerechnet werden muß, wurde aber keineswegs aus dem Handel gezogen.** Trockener Kommentar der Verkaufsmanager: „Wir haben gezittert." – Allerdings nicht um die Gesundheit und das Leben von kleinen Kindern, sondern einzig und allein um den Profit. Doriden wird bis heute weiter verkauft. Die einzige „Maßnahme" der Firma besteht darin, die Werbetrommel nicht zu laut zu schlagen, damit man nicht wie schon bei Contergan statistisch auf dieses Mittel als Ursache für Erkrankungen und Verstümmelungen schließen kann.

Wenn auch nicht alle Mittel so katastrophale Auswirkungen haben wie Contergan, so gibt es doch noch eine Reihe von „Hausmitteln", die zumindest schädliche Wirkungen haben können. Eines davon ist Aspirin. Die miserable Tablettierung zersetzt Aspirin im Lauf der Zeit recht schnell zu einem Magenschleimhautgift (Salicylsäure), so daß vor allem bei Einnahme von älteren Tabletten Magenverstimmungen und sogar chronische Schäden auftreten. Eine firmeninterne geheime Untersuchung ergab, daß bei 60% aller Aspirin-haltigen Tabletten mehr von diesem Magenschleimhautgift enthalten ist, als vom Arzneibuch als unbedenklich angegeben wird. Zu diesem Gift kommt noch der sogenannte „Dreck" von eingesetzten Rohstoffen hinzu.

Massenhaft neue Mittel, aber nur acht neue Wirkstoffe

Diese Beispiele sind keine Ausnahmen in der Pharmaindustrie, sie zeigen vielmehr die Richtung an, in der in diesem Zweig der Chemieindustrie geforscht und produziert wird: nicht um Krankheiten zu heilen und den Menschen zu helfen, sondern um nach dem Beispiel der Waschmittelindustrie einen „weißen Riesen" nach dem anderen anzupreisen, um Profit zu machen. **Welch lukratives Geschäft die Krankheit für die Kapitalisten ist, läßt sich zum Beispiel daran ablesen, daß der Umsatz in der Chemieindustrie insgesamt 1973 um 6% stieg (auf 56 Mio. DM), die Umsatzsteigerung bei Pharmazeutika aber 12% betrug.**

Diesem Riesengewinn steht ein extrem geringer Aufwand zur Entwicklung tatsächlich neuer Medikamente zur Heilung von Krankheiten gegenüber. Tatsache ist, daß **seit dem zweiten Weltkrieg nur etwa 8 (in Worten: acht) neue Wirkprinzipien entdeckt wurden. Die Hauptaktivität der pharmazeutischen Forschung besteht also darin, wenn man sich den Wald von Medikamenten, die seit dem Krieg auf den Markt kamen, ansieht, immer gleiche Medikamente geringfügig zu verändern, in neuer Verpackung und neuer Reklame zum Kauf feilzubieten.**

Ein Beispiel dafür, daß der massenhafte Absatz von Waren alles und die nützliche Wirkung für die Gesundheit nichts zählt, ist die Produktion der zahllosen Vitaminpräparate, die zwar nichts schaden, aber auch in den seltensten Fällen etwas nützen. Um die Werktätigen trotzdem zum Kauf dieser Präparate zu bewegen, beschaffen sich die Pharmabosse wie zum Beispiel Hoffmann-LaRoche („der Welt größter Vitaminproduzent nach der Natur") „Gutachten" von „unabhängigen Fachleuten". Diese „Gutachten" kommen so zustande: ein „neues" Präparat wird Ärzten zur Untersuchung zugesandt, die zu beobachtende Wirkung wird ihnen vorsichtshalber gleich mitgeteilt. Geprüft wird dann an unwissenden Patienten, die als Versuchskaninchen benutzt werden. Dafür – manchmal findet eine praktische Überprüfung der schon vorher angegebenen Wirkungen auch gar nicht erst statt – erhält dann der „Gutachter" ein stattliches Honorar. **Bei der endgültigen Zulassung des Präparates durch die Arzneimittelbehörde aber sitzt dann dieselbe Clique über ihre eigenen Gutachten zu Rate: Irrtümer (sprich Nachteile für die Kapitalisten) sind also ausgeschlossen.**

Bei diesem Herangehen an die Medikamentenproduktion ist es kein Wunder, daß die Kapitalisten auch nicht daran denken, den von ihnen geschaffenen Wald an Medikamenten danach durchzuforsten, ob er schädliche Nebenfolgen enthält. Und obwohl der Ruf nach einer Kontrolle der Medikamente immer lauter wird, ist eine Verbesserung auch durch das neue Arzneimittelgesetz nicht zu erwarten. Schließlich haben die Vertreter der Kapitalisten das Gesetz selbst gemacht. Bestehen bleiben wird die Tatsache, daß durch „Dreck", der z. B. durch die billige Isolierungsweise bei Penicillin-Präparaten entsteht, völlig unnötigerweise Allergien hervorgerufen werden, die sogar tödlich verlaufen können. Bestehen bleiben wird auch die Tatsache, daß in den Kellern der pharmazeutischen Firmen zwischen Stärke, Zucker und Salz Mäuse nisten. Weiterhin wird es möglich sein, daß durch schlechte Lagerhaltung anstelle von Kochsalz (Natriumchlorid) ein tödliches Gift (nämlich Natriumcyanid) zusammen mit entsprechenden Wirkstoffen in die Ampullen gefüllt wird.

Bestehen bleiben wird aber auch die Tatsache, daß die Chemiekapitalisten ihre Angestellten zwingen, ihre Produkte oberflächlich zu kontrollieren, daß sie sogar verlangen, daß offensichtlich notwendige Untersuchungen eingestellt werden. So berichtet ein Kollege aus der pharmazeutischen Industrie: „Wir sollten Trockenampullen auf ihren Gehalt untersuchen: aber 8 mg von 80 mg waren zuviel in jeder Ampulle. 8 mg einer vielleicht stark wirkenden unbekannten Substanz. Unter Androhung von ‚Maßnahmen' (auf deutsch Rausschmiß oder Schikanen) wurde ich gezwungen, die Freigabe zu unterschreiben und weitere Untersuchungen einzustellen. Begründung: der angegebene Gehalt sei in Ordnung, andere Untersuchungen seien in der Vorschrift nicht vorgesehen."

Ein anderer Kollege aus dem Labor berichtet: „Wir stellten fest, daß in krampflösenden Tabletten, die fabrikneu waren, 30% Zersetzungsdreck enthalten war, dessen Wirkung offensichtlich niemand kannte. Unsere Nachforschungen bei den Kollegen in der Produktion ergaben, daß sich bei der ersten Tablettierung bereits 13% zersetzt hatten. Deshalb wurden die Tabletten gemahlen, ein neuer Wirkstoff überdosiert zugesetzt und das ganze frisch tablettiert. Bei der Lagerung zersetzten sich diese Tabletten so schnell (deshalb auch die Überdosierung), daß laut „vertraulicher Mitteilung an den Verkauf" die Ware nur in die „kälteren" nordischen Länder verkauft werden dürfe. Als ob es in nordischen Apotheken und Wohnungen kälter wäre als hier! **In Wahrheit besitzen die Pharmabosse Listen, in welchen Ländern eine bestimmte kaputte Ware am besten abzusetzen ist, in erster Linie gehören dazu die Länder der Dritten Welt.**" Man braucht wohl kaum hinzuzufügen, daß wirklich gute Vorschriften zur Qualitätskontrolle von den Firmen geheimgehalten werden. Sie dürfen nicht in wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht werden.

Das verbrecherische Geschäft mit den Psychopharmaka





Kontergangeschädigte Kinder – verkrüppelt für den Profit der Chemiekapitalisten

Aber die Chemiekapitalisten nehmen nicht nur bewußt in Kauf, daß Medikamente schädliche Wirkungen auf die Gesundheit und das Leben der Werktätigen haben können, sie produzieren auch Mittel, die sozusagen ausschließlich Schaden anrichten. So wurde jahrelang das Abmagerungsmittel AN 1 verkauft. Erst als der Umsatz um das tausendfache hochschnellte, „erkannten" die Fachleute plötzlich, daß dieses Mittel verdächtige Ähnlichkeit mit dem Aufputsch- und Suchtmittel Amphetamin hatte.

Verbrecherisch sind auch die Aktivitäten, die die Chemiekapitalisten auf dem Psychopharmaka-Markt entfalten. **Nicht nur, daß sie ihr Geschäft mit den kaputten Nerven der Werktätigen machen (ohne ihnen mit den Psychopharmaka zu helfen), sie schrecken dabei auch nicht davor zurück – nur schwach medizinisch verbrämte – Mittel für den Rauschgifthandel zu produzieren.** Verschiedene Psychopharmaka, so das Ritalin, werden durch Auflösen in Wasser zu einem Rauschgift, das vor allem in Schweden gespritzt wird. Die Chemiekapitalisten wissen dabei ganz genau, daß der wirkliche medizinische Bedarf an diesen Tabletten denkbar gering ist. Wenn sie trotzdem mit Zufriedenheit auf ihre steigenden Umsatzzahlen schauen, dann nehmen sie bewußt in Kauf, daß sie ihr Geschäft mit der Zerrüttung des Lebens von Tausenden von Menschen und vor allem Jugendlichen machen.

Das größte Geschäft machen die Chemiekapitalisten auf diesem Gebiet mit dem bekannten Morphin, aus dem sich leicht das allerstärkste Rauschgift, Heroin, herstellen läßt. Das Geschäft mit dem Rauschgift Heroin ist von den Chemiekapitalisten bewußt geplant, denn sonst würden sie nicht diese sich schnell zersetzenden Morphin-Ampullen herstellen, sondern andere, medizinisch ebenbürtige Mittel, aus denen sich aber kein Heroin absondern oder herstellen läßt, produzieren.

Diese Beispiele zeigen, daß der Zweck der gesamten pharmazeutischen Industrie nicht ist, mit medizinischen Wirkstoffen kranken Menschen zu helfen. Auf einen kurzen Nenner gebracht, ist sie nichts anderes als eine mit viel Propaganda getarnte Giftmischerei. Was für das übrige Gesundheitswesen, für Krankenhäuser, betriebliche Krankenversorgung usw. gilt, trifft auch für die Herstellung von Medikamenten zu: an den Bedürfnissen der Menschen, an ihrer Gesundheit wird sich die pharmazeutische Industrie erst orientieren, wenn die Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei den Kapitalismus gestürzt und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet haben.

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526
hiermit bestelle ich



A) Probenummer ☐ **B) Abonnement ab Nr.....**

Ich möchte Informationsmaterial ☐ **Ich möchte besucht werden** ☐

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14-18, Sa 9-13 Uhr.

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089/77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Hafenstr. 80. Tel.: 0251/66 13 25. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030/465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Parteiveranstaltung

KARLSRUHE
„Der Ausweg aus der Krise des Kapitalismus." 17. 2., 20 Uhr. Clubraum des ASV Daxlanden, Kornweg (Abzweigung von der Pfalzstr.). Es spricht: Genosse ERNST AUST, Vorsitzender der KPD/ML.

rote hilfe

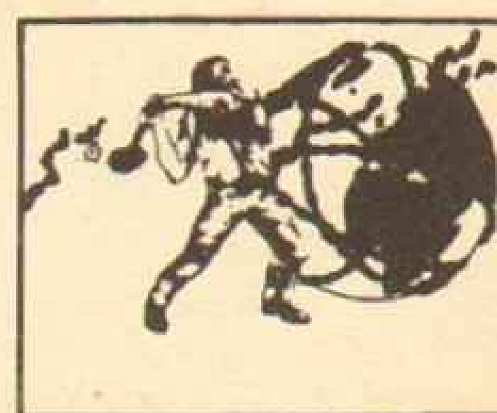
Bestellt die Zeitung der Roten Hilfe Deutschlands

Nachstehend abgebildete Broschüre über die historische Entwicklung und die Aufgaben der Roten Hilfe ebenfalls zu bestellen bei:
Michael Banos, 46 Dortmund, Kesselstr. 31



(oben) Zeitung der Roten Hilfe
(unten) Broschüre

UNTERDRÜCKTE VON HEUTE –



SIEGER VON MORGEN!